

## Demokratieförderung zwischen Interessen und Werten: US-amerikanische und deutsche Reaktionen auf den politischen Islam in der Türkei

Karakas, Cemal

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Karakas, C. (2010). *Demokratieförderung zwischen Interessen und Werten: US-amerikanische und deutsche Reaktionen auf den politischen Islam in der Türkei*. (HSFK-Report, 12/2010). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-292448>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HSFK-Report Nr. 12/2010

# **Demokratieförderung zwischen Interessen und Werten**

US-amerikanische und deutsche Reaktionen auf  
den politischen Islam in der Türkei

Cemal Karakas

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Baseler Straße 27-31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: [karakas@hsfk.de](mailto:karakas@hsfk.de) · Internet: [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de)

**ISBN: 978-3-942532-12-9**

Euro 6,-

## Zusammenfassung

Die USA und Deutschland sind die wichtigsten Geberländer in der Auslands- und Entwicklungshilfe für die Türkei. Seit den demokratischen Machtübernahmen der Wohlfahrtspartei (RP) 1996/97 und insbesondere der seit 2002 allein regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) sind beide Geberstaaten mit islamisch bis islamistischen Regierungsparteien konfrontiert. Das stellt sie vor folgendes Dilemma: Entweder tolerieren sie die omnipotente Rolle der kemalistischen Staatselite (v.a. Militär, Justiz) zum Schutz des säkularen Staatswesens und der pro-westlichen Orientierung des Landes oder sie glauben dem Demokratiebekenntnis dieser Regierungsparteien und respektieren deren Selbstbestimmungsrecht. Wie die USA und Deutschland mit dieser Spannung in ihrer Türkeipolitik umgehen, ist Gegenstand dieses Reports.

Zweifelsohne sind die Regierungsübernahmen durch RP und AKP Ergebnis und Zeichen einer erfolgreichen Demokratisierung. Doch gerade im Fall der AKP-Regierung gestaltet sich die Transformation der türkischen Demokratie in eine „post-kemalistische“ Ära widersprüchlich und ergebnisoffen: Die Regierung Erdogan konnte dank ihrer dezidierten Demokratisierungspolitik 2005 den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen erreichen und aufgrund ihrer erfolgreichen Wirtschaftspolitik den längsten Boom in der Geschichte des Landes einläuten. Gleichwohl hat die AKP-Regierung in den letzten Jahren den Islam politisiert und sich zunehmend autoritarisiert, um die eigene Macht abzusichern.

Die Komplexität und Widersprüchlichkeit des türkischen Transformationsprozesses in eine „post-kemalistische“ Ära erschwert den „richtigen“ außen- und entwicklungspolitischen Umgang der USA und Deutschlands mit der Türkei. Offiziell bekräftigen zwar beide Geberländer den Wunsch nach einer säkular-demokratischen und pro-westlichen Orientierung des Landes, tatsächlich aber haben beide Staaten verschiedene nationale Interessen in ihrer Türkeipolitik, woraus unterschiedliche Implikationen entstehen: Auf US-Seite sind geostrategische Interessen der übergeordnete Bestimmungsfaktor der Außen- und Entwicklungspolitik gegenüber der Türkei. Auf deutscher Seite hingegen dominieren Interessen, die im Wesentlichen auf der einzigartigen Wechselwirkung von deutscher Innen- und Außenpolitik mit türkischer Innen- und Außenpolitik (Innen-Außen-Reziprozität) basieren. Diese ist dem Umstand geschuldet, dass mit rund 2,5 Mio. Menschen die weltweit größte türkischstämmige Diaspora in Deutschland lebt und ein „Überschwappen“ innertürkischer Konflikte nach Deutschland befürchtet wird. Folgerichtig zielt der deutsche Wunsch nach Demokratie, Menschenrechten und Stabilität in der Türkei auch auf die Wahrung des innergesellschaftlichen Friedens und der Stabilität *in* Deutschland. Im Ergebnis sind beide Geberstaaten pragmatisch orientiert, d.h. sie unterstützen diejenige politische Kraft, die aus ihrer jeweiligen Sicht den eigenen Interessen am ehesten gerecht wird.

Der US-amerikanische Umgang mit dem politischen Islam und der kemalistischen Staatselite ist seit den 1990ern sowohl von Kontinuität als auch Wandel gekennzeichnet. Um ihre nationalen Interessen zu wahren, suchten die USA eine pragmatische Zusammenarbeit mit den demokratisch gewählten RP- und AKP-Regierungen. Doch die Verfolgung klientelistischer und auch nationaler Interessen in der türkischen Innen- und Außenpolitik v.a. durch die Regierung Erdogan (z.B. Politisierung des Kopftuch-Verbots, Ablehnung der US-Intervention in den Irak, Außenhandelsabkommen mit Iran) gefährdete aus Sicht Washingtons den säkularen Charakter des Landes sowie seine „Westorientierung“. Auf diesen Vertrauensbruch folgte ein

Streit mit der türkischen Regierung. Mit dem Verweis auf die „verfassungsrechtlich legitime“ Rolle der kemalistischen Sicherungsinstitutionen Militär und Judikative als Korrektive der Politik unterminierten die USA die demokratische Legitimation der AKP-Regierung – hier gibt es Parallelen zum Umgang mit der RP. Zu einem Wandel hingegen kam es in der Auslandshilfe und Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die EZ wurde – anders als noch in den 1990ern – ohne Auflagen zu Demokratie- und Menschenrechtsfragen gewährt. Allerdings kann die US-Auslandshilfe so interpretiert werden, dass die „Gegengewichte“ zur AKP-Regierung gestärkt werden sollten, denn es kam v.a. zu einer Erhöhung der Ausbildungsgelder für das türkische Militär und Bewilligungen für den zivilgesellschaftlichen Sektor (hier v.a. die Bereiche „Wahlen“ und „Demokratische Partizipation & Zivilgesellschaft“).

Beim Umgang Deutschlands mit dem politischen Islam und der kemalistischen Staatselite ist zwar auch Kontinuität und Wandel feststellbar, allerdings gestalten sich diese anders als im Falle der USA: Der Wandel auf deutscher Seite bezieht sich auf die (im Vergleich zur RP) positivere Wahrnehmung und Unterstützung der AKP, die Kontinuität auf das sukzessive und planmäßige Zurückfahren der deutschen EZ aufgrund der positiven sozioökonomischen Entwicklung der Türkei und des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen. Berlins Umgang v.a. mit der AKP ist geprägt durch eine Strategie der Mäßigung durch Einbindung. Die weitgehend unkonditionierte Gewährung der Entwicklungshilfe ist der besonderen Innen-Außen-Reziprozität der bilateralen Beziehungen geschuldet. Gleichwohl ist auf deutscher Seite eine verstärkte Konfliktsensibilität auszumachen, die zu Anpassungen in der deutschen Innen- und Justizpolitik sowie bei der EZ geführt haben. Konkret mit Blick auf Demokratieförderung ist auf deutscher Seite eine Politik des begrenzten „Ausbalancierens“ gegenüber der türkischen Regierung feststellbar, wobei vorrangig die AKP-Regierung bzw. der öffentliche Sektor und stellenweise die Bereiche „Demokratische Partizipation & Zivilgesellschaft“, „Justizentwicklung“ und „Meinungs- und Pressefreiheit“ gefördert wurden. Dennoch ist auffällig, dass die deutsche Wahrnehmung der AKP, bis zu ihrer Autoritarisierung, sich von jener der USA unterscheidet. Im innertürkischen Machtkampf wurde die AKP-Regierung als Garant für Stabilität und Demokratie bezeichnet und unterstützt. Diese Unterstützung geht auf folgende Faktoren zurück: (a) Auf deutscher Seite kam es Anfang 2000 zu einem Paradigmenwandel, bei dem die kemalistische Staatsideologie als autoritär angesehen wird; (b) die AKP ist mehrmals demokratisch gewählt und legitimiert worden und genießt eine breite Unterstützung in der türkischen Bevölkerung; (c) die „Zivilmacht“ Deutschland respektiert die demokratische Selbstbestimmung des Partnerlandes Türkei. Des Weiteren wird die AKP als diejenige politische Kraft angesehen, welche deutschen Interessen am ehesten gerecht wird. Da ist zuallererst die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten (v.a. mit Blick auf die Innen-Außen-Reziprozität), aber auch die wirtschaftliche Stabilisierung der Türkei – diese tritt nicht nur deutschen Befürchtungen einer armutsbedingten Zuwanderung entgegen, sondern von ihr profitiert auch Deutschland als globale Exportnation. Gleichwohl gibt es Widersprüchlichkeiten auf deutscher Seite: Mit der primär kulturalistischen Politisierung des EU-Beitritts der Türkei und der jahrelangen Diskussion um die „Privilegierte Partnerschaft“ zwecks Verfolgung parteipolitischer Partikularinteressen ist Deutschland mitverantwortlich, dass der EU-Reform- und Demokratisierungsprozess in der Türkei sich verlangsamt hat und die Regierung Erdogan sich nach „verlässlicheren“ politischen Partnern umschaute. Dass damit die weltweit stärkste Demokratisierungsnorm, die EU-Konditionalitätspolitik, sowie die deutsche Glaubwürdigkeit beim

Anmahnen der Minderheitenrechte in der Türkei konterkariert werden, ist eine zentrale Widersprüchlichkeit der deutschen Europa- bzw. Türkeipolitik.

Im Ergebnis wird deutlich, dass sich Deutschland – von den negativen Auswirkungen des Streits um den Türkei-Beitritt abgesehen – im bilateralen Verhältnis deutlich stärker an Demokratieförderung orientiert als die USA. Des Weiteren ist es in der Türkei sowohl zu einer qualitativen Vertiefung der Demokratie als auch zu einer Perpetuierung der systemimmanenten Demokratiedefekte gekommen. Dieses Paradoxon ist zwar vorrangig auf endogene Bestimmungsfaktoren zurückzuführen, wird aber durch die widersprüchliche Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands und insbesondere der USA begünstigt.

Aus der Analyse können u.a. folgende Implikationen für „westliche“ Demokratieförderer in der Türkei (und in anderen muslimischen Ländern) abgeleitet werden: (a) Für die Geber ist es wichtig, grundlegende Fragen beim Umgang mit islamischen Symbolen (z.B. in der Kopftuch-Frage) sowie ihr eigenes Verständnis von Demokratie und Menschenrechten vorab zu klären. (b) Um ihrer Glaubwürdigkeit willen, sollten die Geberländer das Ergebnis demokratischer Wahlen in muslimischen Ländern respektieren und bei einer vorschnellen Partnerwahl Vorsicht walten lassen. (c) Demokratieförderung „von außen“ ist nur dann glaubwürdig und nachhaltig, wenn die eigene muslimische Minderheit nicht diskriminiert wird. (d) Die Türkei und andere muslimische Länder gehen zwecks Wahrung eigener nationaler Interessen, wie die meisten „westlichen“ Geberstaaten auch, Kooperationen mit autoritären Regimen ein – dies sollte nicht vorschnell als „Abkehr vom Westen“ verstanden werden.



# Inhalt

1.	Einleitung	1
1.1	Untersuchungsgegenstand	1
1.2	Begriffsbestimmung und Erläuterungen	2
2.	Der Rahmen der Demokratieförderpolitik: Die bilateralen Beziehungen USA-Türkei und Deutschland-Türkei seit 1990	4
2.1	USA-Türkei	4
2.2	Deutschland-Türkei	7
3.	Der Umgang der USA und Deutschlands mit der Wohlfahrtspartei (RP)	10
3.1	Aufstieg, Politik und Verbot der RP	10
3.2	US-amerikanische Perzeptionen und Reaktionen	11
3.3	Deutsche Perzeptionen und Reaktionen	12
4.	Der Umgang der USA und Deutschlands mit der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)	14
4.1	Die Türkei auf dem Weg in die „post-kemalistische“ Ära? Regierungsübernahme, Politik und Wirken der AKP	14
4.2	US-amerikanische Perzeptionen und Reaktionen	17
4.3	Deutsche Perzeptionen und Reaktionen	23
5.	Schlussfolgerungen	28
6.	Implikationen für „westliche“ Demokratieförderer in der Türkei (und in anderen muslimischen Ländern)	31
	Literatur	33
	Anhang	37





# 1. Einleitung\*

## 1.1 Untersuchungsgegenstand

Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten ist erklärtes außen- und entwicklungspolitisches Ziel der USA und Deutschlands. Beinahe in jeder „Sonntags-Rede“ betonen Politiker beider Länder die Relevanz einer „werteorientierten“ Außenpolitik und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (EZ), die nicht nur nationale Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen verfolgt, sondern gleichberechtigt auch Demokratie- und Menschenrechtsfragen anspricht. Glaubt man den nationalen Sicherheitsstrategien und entwicklungspolitischen Leitlinien beider Länder, dient die Stärkung demokratisch-marktwirtschaftlicher Regime der Förderung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand.<sup>1</sup> Soweit die Rhetorik. In der Realität aber sind die beiden weltweit größten Geberländer für Demokratieförderung, USA und Deutschland, oft mit politischen Transformationsprozessen konfrontiert, in welchen sie zwischen eigenen Interessen und normativen Präferenzen auf der einen Seite sowie der demokratischen Selbstbestimmung des Partnerlandes auf der anderen Seite abwägen müssen. Wie beide Geberländer mit dieser Spannung in ihrer Türkeipolitik umgehen, ist der zentrale Untersuchungsgegenstand dieses Reports.

Die USA und Deutschland sind die wichtigsten Geldgeber in der Auslands- und Entwicklungshilfe für die Türkei. Seit den demokratischen Machtübernahmen der Wohlfahrtspartei (RP) 1996/97 und der seit 2002 allein regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) sind beide Länder mit islamisch bis islamistisch orientierten politischen Parteien konfrontiert, die sie vor folgendes Dilemma stellen: (1) Entweder im Interesse der Beibehaltung des säkularen Staatswesens und der pro-westlichen institutionellen Einbindung der Türkei die omnipotente Rolle der kemalistischen Staatselite und ihre restriktiven Maßnahmen zu tolerieren. (2) Oder aber durch das Beharren auf das eigene Demokratiepостulat die Regierungsübernahme dieser Parteien und deren Selbstbestimmungsrecht zu respektieren, obwohl sie, wenn man den Kemalisten Glauben schenkt, die heimliche „Islamisierung“ von Staat und Gesellschaft sowie eine Abkehr der Türkei vom „Westen“ betreiben.

\* Dieser Report entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojekts „Bestimmungsfaktoren des Umgangs demokratischer Staaten mit den Zielkonflikten der Demokratieförderung“ und präsentiert Zwischenergebnisse. Die Analyse stützt sich u.a. auf 57 Interviews, die mehrheitlich im September/Oktober 2009 (Washington) und Juni/Juli 2010 (Berlin, Ankara, Istanbul) mit Vertretern der US-amerikanischen, deutschen und türkischen Regierung, der EU-Kommission und des Bundestages, sowie mit Nicht-Regierungsorganisationen, politischen Stiftungen, Wissenschaftlern und Journalisten geführt wurden. Eine frühere Version dieses Papiers wurde im September 2010 auf der 7th Pan-European International Relations Conference der Standing Group on International Relations (SGIR) der ECPR in Stockholm vorgestellt. Der Autor dankt Alexander Herrath und Lisa Schäfer für ihre Recherchearbeiten.

1 Vgl. hierzu die Nationalen Sicherheitsstrategien der USA seit 1996, die Weißbücher zur Sicherheitspolitik Deutschlands (1994, 2006) sowie die Konzeptpapiere der USA (1998, 2005) und Deutschlands (1991, 2005, 2009) zur Förderung von Demokratie und Good Governance.

Der Report geht folgender Frage nach: Inwieweit gibt es Unterschiede in den Reaktionen der USA und Deutschlands auf Regierungsübernahme und Politik der RP und AKP und wie können diese erklärt werden? Den Rahmen dieser empirischen Studie steckt zunächst ein Profil der bilateralen Beziehungen zur Ermittlung der Interessen in der US-amerikanischen und deutschen Türkeipolitik seit 1990 ab. Im Anschluss daran erfolgt eine rückblickende Analyse der Politik der RP und des Umgangs der Geberstaaten mit ihr. Im Hauptteil werden dann Politik und Wirken der AKP sowie die US-amerikanische und deutsche Türkeipolitik daraufhin untersucht, wie die Transformation bzw. „Islamisierung“ der türkischen Demokratie wahrgenommen wird. Auch soll analysiert werden, zu welchen Reaktionen es in der Außenpolitik und EZ der USA und Deutschlands kam, speziell mit Blick auf deren Demokratieförderung. Ein vergleichendes Fazit sowie Implikationen für „westliche“ Demokratieförderer in der Türkei (und in anderen muslimischen Staaten) schließen den Report ab.

In der Studie wird folgende These vertreten: Auf Seiten der USA sind geostrategische Interessen der übergeordnete Bestimmungsfaktor ihrer Türkeipolitik. Auf deutscher Seite ist es die „Innen-Außen-Reziprozität“, also die enge Wechselwirkung zwischen deutscher Innen- und Außenpolitik mit türkischer Innen- und Außenpolitik. Während die USA vorrangig an einer pro-westlichen Türkei interessiert sind, ist für Deutschland die Demokratisierung der Türkei von Relevanz – diese soll auch zur Sicherung des innergesellschaftlichen Friedens und der Stabilität *in* Deutschland beitragen. Daher ist es sowohl für die USA als auch für Deutschland zweitrangig, ob der türkische Kooperationspartner einen religiösen oder säkular-kemalistischen politischen Hintergrund hat.

## 1.2 Begriffsbestimmung und Erläuterungen

Als *Geberstaaten* oder *Geberländer* (kurz: *Geber*) werden in dieser Studie jene Staaten bezeichnet, die EZ betreiben. Als *Partner- oder Empfängerländer* gelten jene, die Entwicklungshilfe bekommen. Vielfach sind v.a. Schwellenländer sowohl Geber- als auch Empfängerländer. Im vorliegenden Report sind die USA und Deutschland die Geberstaaten und die Türkei ist das Partner- bzw. Empfängerland. Alle Leistungen, die im Rahmen der EZ erbracht werden, bezeichnet man als *Official Development Assistance* (ODA). Der Begriff der *Auslandshilfe* (foreign assistance) geht weiter und umfasst alle Hilfsleistungen des Geberstaates an das Partnerland, also auch die nicht-ODA-fähigen Kredite und Militärhilfen. Als *Bewilligung* bzw. *Zusage* wird jene ODA bezeichnet, die das Geberland in einem Haushaltsjahr für das Empfängerland beschlossen hat. Mit *Auszahlung* wird der tatsächlich getätigte ODA-Transfer bezeichnet. Häufig weichen die Bewilligungen und Auszahlungen in einem Haushaltsjahr voneinander ab. Dies kommt zustande, weil es (aus buchungstechnischen oder politischen Gründen) mehrere Jahre dauern kann, bis eine Bewilligung ausgezahlt ist oder unterschiedliche Raten von Bewilligungen auf einmal überwiesen werden (OECD 2010; vgl. auch Nuscheler 1996).

Der Begriff *islamisch* hat eine soziokulturelle und rituelle Dimension und umschreibt das Denken und Handeln, das auf dem Wertekanon des Korans basiert. Da sich offiziell 99% der türkischen Bevölkerung zum Islam bekennt, kann die türkische Gesellschaft als islamisch bezeichnet werden. Allerdings ist die Türkei kein *islamischer Staat*, weil dort weder der Islam offizielle Staatsreligion noch das Islamische Recht, die Scharia, Grundlage der Rechtsprechung

ist. Die Begriffe *Islamismus* bzw. *islamistisch* bezeichnen eine Ideologie, in welcher der Islam das zentrale Merkmal einer politischen Identität ist. Hierbei werden politische und ethische Herrschaftsansprüche mit dem Verweis auf die „Allgemeingültigkeit“ des Korans legitimiert. Das gesamte öffentliche Leben (z.B. Rechtsprechung, Kultur, Bildung, Wirtschaft) ist so nach religiösen Vorgaben zu gestalten, dass es mit der Scharia in Einklang steht (Esposito 2004).

Mit *Kemalismus* werden die von Staatsgründer Mustafa Kemal (Atatürk) 1931 formulierten Prinzipien seiner Gesellschafts- und Staatsdoktrin umschrieben. In der heutigen Türkei sind von den ursprünglich sechs Prinzipien lediglich der „Republikanismus“, „Nationalismus“ und „Laizismus“ von Relevanz. Diese „Kemalistische Trinität“ wurde nach dem Putsch von 1980 vom Militär in der bis heute gültigen (Militär-)Verfassung von 1982 verankert. Beim kemalistischen Verständnis von Republikanismus wird nicht die Relevanz der *res publica*, des Gemeinwesens, betont, sondern die übergeordnete Stellung der Staatssouveränität und ihrer Organe („state power“) gegenüber der Volkssouveränität („people power“). Sie begründet den omnipotenten Charakter des Staates in der Türkei. Demnach ist der Staat nicht ein Instrument der Politik, sondern die Politik muss im Dienste des Staates stehen (Kramer 2004b). Mehrere staatliche Institutionen haben sich qua Funktion zum Schutz der kemalistischen Prinzipien verpflichtet. Unter diese als *kemalistische Staatselite* bezeichneten Institutionen fallen u.a. das türkische Militär und der Nationale Sicherheitsrat; das Amt des Staatspräsidenten; die staatliche Religionsbehörde Diyanet; sowie Teile der Judikative, z.B. das Verfassungsgericht und der Generalstaatsanwalt. Die Kompetenzen und Einwirkungsmöglichkeiten dieser Institutionen auf die Politik sind beträchtlich und äußerten sich bisher in drei Putschen (1960, 1971, 1980) oder in zahlreichen Parteiverboten (Jung 2001). Ein weiteres Merkmal des kemalistischen Systems ist die mangelnde Gewaltenteilung und die mit 10% höchste Wahlhürde Europas – sie soll das politische System stabilisieren (Parla 1991: 103f; Kramer 2004b: 7). Das kemalistische Verständnis von Nationalismus wiederum manifestiert sich realpolitisch u.a. in den eingeschränkten Minoritätenrechten von Kurden, Aleviten<sup>2</sup> und Christen sowie im berüchtigten Paragraph 301 des Strafgesetzbuches (Smith 2005). Dieser stellt, wie im Fall des Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk geschehen, die „Beleidigung der türkischen Nation“ unter Strafe und erschwert die freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit und kritische Auseinandersetzung mit der türkisch-kurdischen bzw. türkisch-armenischen Vergangenheit. Auch das kemalistische Verständnis von Laizismus ist ungewöhnlich. So hat der „laizistische“ türkische Staat nicht etwa ein Neutralitätsgebot gegenüber allen Religionen, sondern sich der einseitigen ideellen und finanziellen Förderung des sunnitischen Islams, der Mehrheitsreligion, verpflichtet

2 Von den rund 74 Mio. Menschen in der Türkei gehören etwa 15-20% dem alevitischen Glauben an. Das Alevitentum ist Ergebnis einer religionsgeschichtlichen Entwicklung, die im 13./14. Jh. muslimische, christliche und gnostische Elemente aufgenommen und sich zu einer autonomen Glaubensgemeinschaft entwickelt hat. Die Unterschiede zum sunnitischen Mehrheitsislam sind beträchtlich: So gelten die „Fünf Säulen des Islams“ nicht für Aleviten; zudem beten sie nicht in Moscheen, sondern in eigenen Gemeindehäusern. Beim religiösen Kult gibt es keine Geschlechtertrennung, die Verschleierung der Frau ist nicht vorgesehen. Im Osmanischen Reich wurden die Aleviten als Häretiker bezeichnet und von der sunnitischen Staatsführung verfolgt. Auch nach der Gründung der Türkischen Republik (1923) gab es u.a. in den 1970er und 1990er Jahren vereinzelt Pogrome gegen die alevitische Gemeinde. Vgl. Vorhoff 2000.

und ihn damit inoffiziell zur Staatsreligion aufgewertet. Zudem hat der kemalistische Staat sich ein Interpretationsmonopol des sunnitischen Glaubens angeeignet. So wird z.B. das Kopftuch als politisches Symbol gewertet und darf von Bediensteten im öffentlichen Dienst nicht getragen werden (Göle 1996).

## **2. Der Rahmen der Demokratieförderpolitik: Die bilateralen Beziehungen USA-Türkei und Deutschland-Türkei seit 1990**

### **2.1 USA-Türkei**

Die USA unterhalten zur Türkei enge Beziehungen, die auch nach dem Ende des Kalten Krieges primär von geostrategischen Interessen geprägt sind. Der NATO-Partner Türkei wird von den USA als ein „Schlüsselstaat“ („pivotal state“) eingestuft, weil er sich in unmittelbarer Nähe von 13 der 16 von der NATO ausgemachten Konfliktherde befindet. Das macht die Türkei aus amerikanischer Sicht zum wichtigsten Dreh- und Angelpunkt („pivot“) zwischen Balkan, Kaspischem Becken und Nahem Osten (Makovsky 1999). 1999 wurde eine „Strategische Partnerschaft“ vereinbart – sie sieht die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsfragen vor.<sup>3</sup> Der strategische Stellenwert der Türkei spiegelt sich in den US-Militärhilfen und der Präsenz diverser US-Militäreinrichtungen wider: Zwischen 1947 und 2007 leistete Washington Militärhilfe im Wert von 14 Mrd. USD (State Department 2010a); diesbezüglich ist die Türkei nach Israel und Ägypten der drittgrößte Empfänger. Die wichtigste US-Militärbasis im Nahen Osten befindet sich im südostanatolischen Incirlik. 2007 wurden von dort aus rund drei Viertel aller US-Cargo-Flüge in den Irak und nach Afghanistan abgefertigt, zudem sind in Incirlik 50 bis 90 US-Atomwaffen stationiert – nirgendwo in Europa sind auf einer einzelnen US-Basis mehr taktische Nuklearwaffen untergebracht.<sup>4</sup>

In ihrer Türkeipolitik verfolgten die USA in den 1990ern konkret folgende Ziele: Aktive und passive Unterstützung durch Ankara im Irak-Krieg zur Befreiung Kuwaits sowie bei der anschließenden Überwachung des nordirakischen Luftraums; diplomatische Lösung der griechisch-türkischen Streitereien um Grenzkonflikte in der Ägäis und um Zypern zwecks besserer Intra-Operabilität der NATO; Verbesserung der türkisch-armenischen Beziehungen nach dem Berg-Karabach-Konflikt; friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, um das Land innenpolitisch zu stabilisieren; sowie Eröffnung der Beitrittsperspektive zur Europäischen Union (EU) zwecks Vertiefung der institutionellen „West“-Anbindung der Türkei. Doch auch die weltweite Isolierung der aus US-Sicht „Schurkenstaaten“ Iran, Syrien und Libyen zwecks Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen und Eindämmung des Terrorismus sowie die Initialisierung der türkisch-israelischen Partnerschaft waren von Relevanz (Larrabee 2008;

3 Vgl. zur „Strategischen Partnerschaft“: [http://turkey.usembassy.gov/statement\\_070508.html](http://turkey.usembassy.gov/statement_070508.html) (28.12.2010).

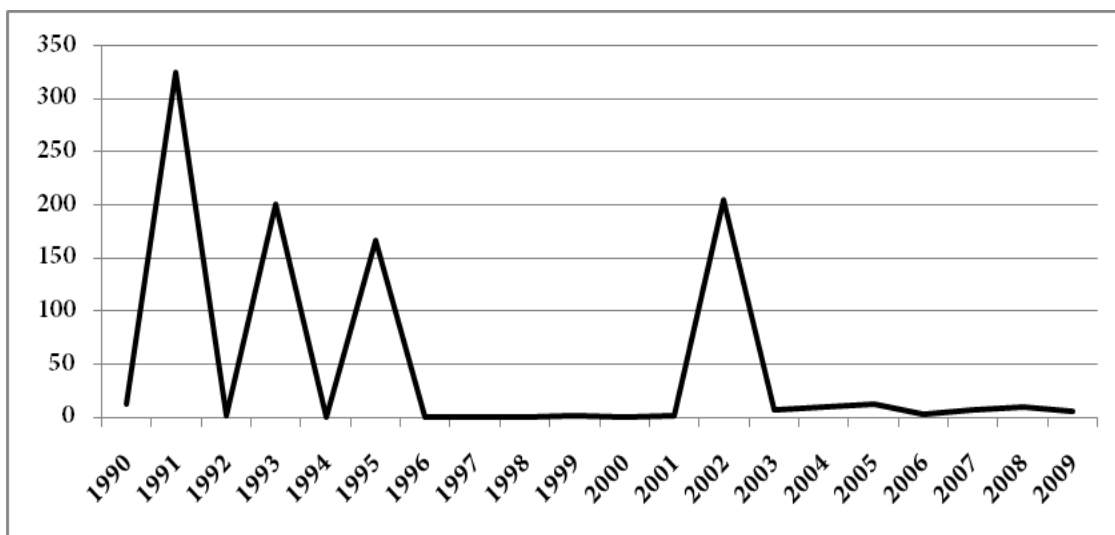
4 „Incirlik Becomes Major Host for American Nuclear Weapons“, in: Turkish Daily News, 30.06.2008.

Isyar 2005; Lesser 2007). Letztere war 1996 vereinbart worden und wurde von Präsident Bill Clinton als „one of the most important political developments in the region since the 1991 Gulf War“ bezeichnet (zitiert nach Gresh 1998: 203).

Zu einer Diversifikation in den bilateralen Beziehungen kam es 1999, als auf Initiative der Clinton-Regierung gegen den Willen Russlands der Bau einer Erdöl-Pipeline vom aserbaid-schanischen Baku über Tiflis nach Ceyhan an die türkische Mittelmeerküste vereinbart wurde. Diese Pipeline sichert nicht nur US-Energieinteressen, sondern stärkt die Türkei als Energie-Drehscheibe. Zudem kommt ihr eine politische Bedeutung zu: Erstmals versorgt eine Pipeline den „Westen“ mit Erdöl, ohne durch Russland, Iran oder Irak zu führen (Boyer/Katulis 2008: 21). Zu einer weiteren Diversifikation in den Beziehungen kam es nach den Terroranschlägen des 11. September 2001. Ankara sollte nicht nur beim geplanten Irak-Einsatz zum Sturz des Saddam-Regimes mitwirken, sondern auch die USA beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, v.a. in Afghanistan (ISAF), unterstützen. Letztere ist für die USA v.a. von symbolischer Bedeutung, damit der ISAF-Einsatz nicht als „Kreuzzug“ christlicher Staaten gegen die Islamische Welt interpretiert wird. Neu in den Sicherheitsbeziehungen ist seither die normative Dimension: Die Türkei wird wegen ihres säkularen Regimes und ihrer pro-westlichen Haltung von den USA als „Leitbild“ bzw. „Inspiration“ für andere muslimische Staaten angesehen (Taspinar 2005: 9).

Die Bedeutung der Türkei für die USA spiegelt sich auch in der EZ wider – die US-Auszahlungen an Entwicklungshilfe (ODA) betragen zwischen 1990-2009 rund 968 Mio. USD (vgl. auch Tabelle 1 im Anhang):

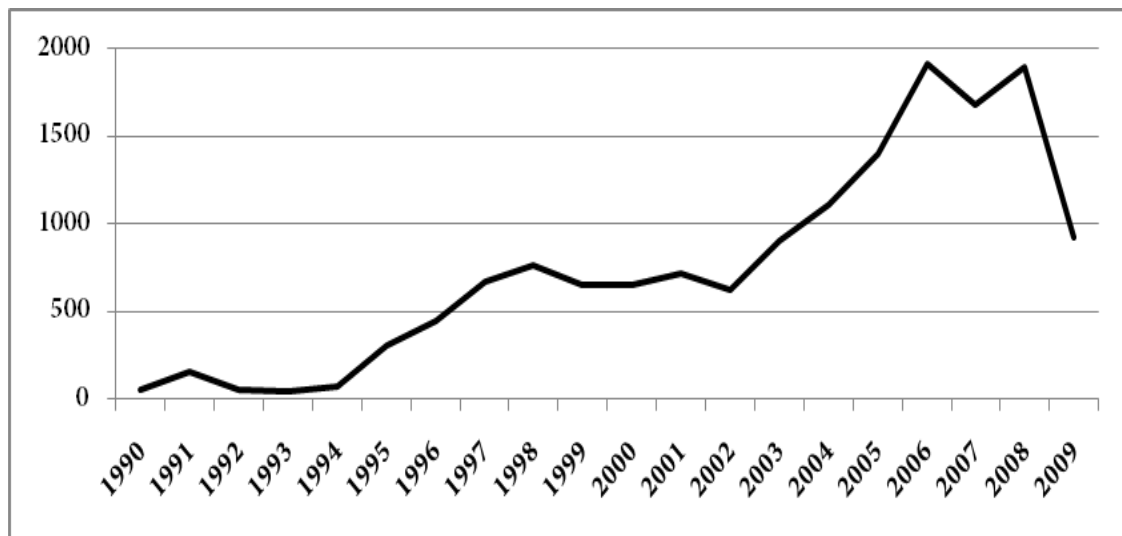
**Graphik 1: US-amerikanische ODA-Auszahlungen an die Türkei, Angaben in Mio. USD**



Die Hauptakteure in der US-amerikanischen Demokratieförderung gegenüber der Türkei sind die Entwicklungsagentur USAID, das State Department und die Demokratiestiftung National Endowment for Democracy (NED). Das von USAID geförderte Türkei-Programm sah in den 1990ern Maßnahmen zur besseren regionalen Entwicklung, Geburtenplanung und Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit vor. In den 2000ern sollten mit den US-Hilfen v.a. die

sozioökonomischen Einbußen der Türkei im Kampf gegen den kurdischen Terrorismus kompensiert werden (USAID 2010). Das State Department fördert seit den 1990ern vereinzelt Demokratisierungsprojekte über die Vergabe einzelner Zuschüsse aus dem „Human Rights and Democracy Fund“ (HRDF), darunter für Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Menschenrechte. Interessant ist mit Blick auf die Türkei auch das vom State Department finanzierte, aber nicht ODA-fähige, Weiterbildungsprogramm „International Military Education Training“ (IMET) für ausländische Offiziere. Hier lernen diese nicht nur die bessere Operabilität zwischen der eigenen und der US-Armee, sondern es werden auch Lehrinhalte wie die (untergeordnete) „Rolle des Militärs in einer Demokratie“ gelehrt.<sup>5</sup> Ankara hat seit 1990 knapp 50 Mio. USD an IMET-Mitteln erhalten (US Overseas 2010; CBJ 2010). Die nicht-staatliche, aber im Wesentlichen vom State Department und Kongress finanzierte Demokratiestiftung NED unterstützt v.a. über ihre beiden größten durchführenden Organisationen – die privaten, parteinahen Stiftungen National Democratic Institute (NDI) und International Republican Institute (IRI) – Demokratisierungsprojekte in der Türkei. NED fördert seit den 1990ern v.a. Menschenrechte, Good Governance, Zivilgesellschaft, effektive Parlamentsarbeit, Rechtsstaatlichkeit sowie politische Partizipation und bewilligte zwischen 1990-2009 rund 15 Mio. USD (vgl. auch Tabelle 3):

**Graphik 2: NED-Zuschüsse für Türkei bezogene Projekte, Angaben in Tausend USD**



Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die säkular-demokratische Verfasstheit der Türkei offiziell ein wichtiges außen- und entwicklungspolitisches Ziel der USA ist und geostrategische Interessen entlang der Sicherheitspartnerschaft der übergeordnete Bestimmungsfaktor der US-amerikanischen Türkeipolitik sind (US-Botschaft Ankara 2010).

5 Vgl. weiterführend zu IMET: [www.state.gov/t/pm/65533.htm](http://www.state.gov/t/pm/65533.htm) (28.12.2010).

## 2.2 Deutschland-Türkei

Auch Deutschland und die Türkei unterhalten enge Beziehungen, in denen offiziell die „traditionelle Freundschaft“ und der „menschliche Faktor“ einen besonderen Stellenwert genießen (Deutsche Botschaft 2010). Ein wesentliches Merkmal der deutsch-türkischen Beziehungen ist die „Innen-Außen-Reziprozität“, sprich die Wechselwirkung von deutscher Innen- oder Außenpolitik mit türkischer Innen- oder Außenpolitik. Sie entsteht dadurch, dass in Deutschland seit der Anwerbung der „Gastarbeiter“ in den 1960er Jahren und der Familienzusammenführung etwa 2,5 Mio. Menschen türkischer Herkunft leben, 700.000 sind davon eingebürgert – das ist insgesamt die größte türkischstämmige Diaspora weltweit. Allerdings handelt es sich um keine homogene Bevölkerungsgruppe, sondern um eine mit mehreren Subidentitäten (Türken, Kurden, Aleviten, Sunniten, Säkulare, etc.), von der jede Gruppe ihren eigenen Interessensverband hat. Beispiele für die Innen-Außen-Reziprozität gibt es zuhauf: z.B. die fremdenfeindlichen Übergriffe auf türkischstämmige Migranten in der ersten Hälfte der 1990er (Solingen, Mölln); der „Missbrauch“ von deutschen Waffen durch die türkische Regierung im Kampf gegen die kurdische Untergrundorganisation PKK; das „Überschwappen“ türkisch-kurdischer Konflikte auf die Diaspora in Deutschland; die Wahlempfehlungen türkischer Politiker für türkischstämmige Migranten in Deutschland; die Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft (1999); die seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 auch in Deutschland zunehmende Islamophobie; oder die Verschärfung der Einbürgerungsregeln und des Zuwanderungsgesetzes (2007).<sup>6</sup> Diese Ereignisse führten nicht nur zu Turbulenzen in den bilateralen Beziehungen, sondern manifestierten den deutschen Wunsch nach innergesellschaftlichem Frieden und innerer Sicherheit als nationales Interesse. Dies hatte zur Folge, dass z.B. die kurdische PKK auch in Deutschland (1993) verboten wurde, es mit der Türkei zu einer engen bilateralen Zusammenarbeit bei der Verhaftung von deutsch-türkischen Terrorverdächtigen (z.B. der „Sauerland-Gruppe“) kam oder der nationale „Integrationsgipfel“ und die „Deutsche Islam Konferenz“ implementiert wurden. Doch nicht nur in Fragen der Integration oder inneren Sicherheit ist die deutsche Türkeipolitik von starken innen gerichteten Interessen geprägt, sondern auch in der Europapolitik. Neben Frankreich und Österreich ist Deutschland das Land, in dem entlang parteipolitischer Partikularinteressen am kontroversesten über eine türkische EU-Mitgliedschaft debattiert wird (Leggewie 2004).

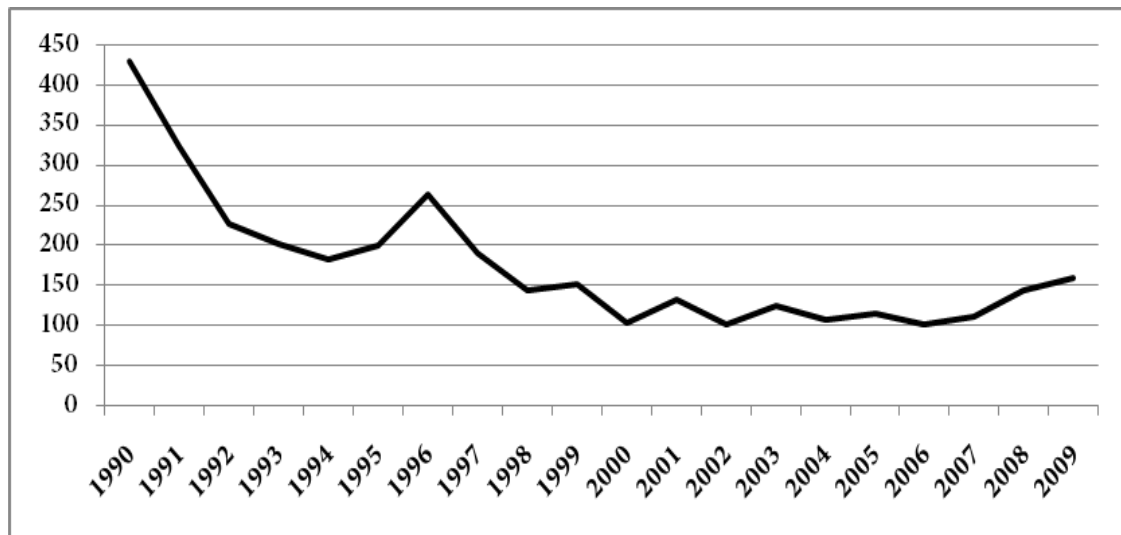
Als reibungslos hingegen können die engen Wirtschaftsbeziehungen bezeichnet werden. Deutschland ist aus Sicht der Türkei der wichtigste Handelspartner. 2009 besuchten rund 4,4 Mio. Deutsche (das entspricht etwa einem Viertel aller Touristen) die Türkei, zudem stellte Deutschland die größte Zahl der ausländischen Firmen, die in der Türkei Direktinvestitionen getätigt haben – die Zahl der deutschen Unternehmen bzw. türkischen Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Anatolien ist 2010 auf rund 4.000 gestiegen. Die Summe des Außenhandels betrug 2009 rund 19,8 Mrd. Euro, wobei Berlin einen Außenhandelsüberschuss von über 3,2 Mrd. Euro erzielte (GTAI 2010; DTR-IHK 2010).

6 Vgl. Kramer 2007, 2004a; Pratt Ewing 2003; Refflinghaus 2001; Weick 2000.



Die insgesamt guten bilateralen Beziehungen spiegeln sich in der EZ wider; Deutschland ist der weltweit größte Geberstaat der Türkei. Die deutsche EZ besteht seit 1958, allerdings gibt es aufgrund der positiven sozioökonomischen Entwicklung der Türkei und des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen (2005) seit 2008 keine Neu-Bewilligungen mehr. Zwischen 1990-2009 wurden rund 3,5 Mrd. USD an ODA ausgezahlt (vgl. auch Tabelle 1):

**Graphik 3: Deutsche ODA-Auszahlungen an die Türkei, Angaben in Mio. USD**



Die EZ wird federführend vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und seinen quasi-staatlichen Durchführungsorganisationen, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)<sup>7</sup> und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), durchgeführt. Ihr Hauptziel war in den 1990ern der Abbau sozioökonomischer Ungleichheiten, um u.a. dem armutsbedingten Zulauf zu islamistischen und kurdisch-extremistischen Organisationen sowie Migrationsströmen innerhalb der Türkei, aber auch nach Deutschland, entgegen zu treten (BMZ 1993, 1995). Seit den 2000ern fördern GIZ und KfW v.a. kommunale Infrastruktur- und Umweltprojekte, die mittelständische Wirtschaft und effektivere Verwaltungskapazitäten (Deutsche Botschaft Ankara 2010). Hauptziele sind die umweltgerechte Kommunalentwicklung, Wirtschaftsförderung, Dezentralisierung sowie Verringerung der regionalen Disparität zwischen dem industrialisierten Westen der Türkei und dem von einem rasanten Bevölkerungswachstum geprägten unterentwickelten kurdischen Südosten.

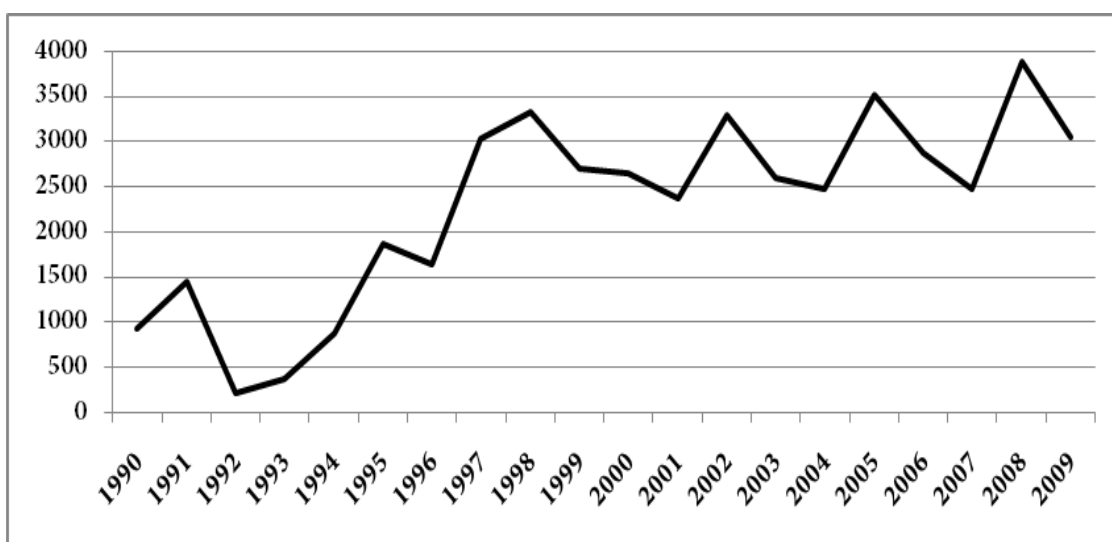
Während das BMZ sich primär der sozioökonomischen Entwicklung der Türkei verpflichtet hat (BMZ 2009), thematisiert das Auswärtige Amt (v.a. über die Deutsche Botschaft in An-

<sup>7</sup> Die GIZ wurde Anfang 2011 im Zuge der Neu-Strukturierung der deutschen EZ gegründet. In ihr aufgegangen ist u.a. auch die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die unter diesem Namen bis 2010 in der Türkei tätig war.

kara) politische Themen wie Menschenrechtsfragen, Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit für die christliche Minderheit und führt den „Dialog mit der islamisch geprägten Welt“.

Weitere relevante deutsche Akteure sind die parteinahen, aber weitgehend autonom agierenden politischen Stiftungen, v.a. die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) und Heinrich-Böll-Stiftung (HBS), die mit eigenen Verbindungsbüros in der Türkei vertreten sind.<sup>8</sup> Diese primär vom BMZ geförderten Stiftungen arbeiten dort u.a. zu den Themen Good Governance, Rechtsstaatlichkeit, kommunale Selbstverwaltung, Menschen- und Minderheitenrechte, regionale Entwicklung, Mittelstandsförderung, Umwelt, Gewerkschaften, deutsch-türkischer Dialog, Genderfragen, Meinungs- und Pressefreiheit.<sup>9</sup> Für ihre Arbeit erhielten sie zwischen 1990-2009 BMZ-Bewilligungen in Höhe von über 45 Mio. Euro (vgl. auch Tabelle 4):

**Graphik 4: Türkei bezogene Bewilligungen der Stiftungen, Angaben in Tausend Euro**



Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Innen-Außen-Reziprozität der wesentliche Bestimmungsfaktor der deutschen Türkei politik ist. Der deutsche Wunsch nach Demokratie, Menschenrechten und Stabilität in der Türkei soll auch zur Wahrung des innergesellschaftlichen Friedens und der Stabilität *in* Deutschland beitragen (Steinbach 1994: 82; Kramer 2004a: 93).

8 Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) hat kein Türkeiprogramm. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) fördert erst seit Mitte 2000 sporadisch Türkei bezogene Projekte und wird daher nicht in die Analysen einbezogen (vgl. hierzu auch Tabelle 4).

9 Interviews mit den Stiftungen.

### 3. Der Umgang der USA und Deutschlands mit der Wohlfahrtspartei (RP)

#### 3.1 Aufstieg, Politik und Verbot der RP

Die RP (Refah Partisi) wurde 1983 gegründet und galt als politischer Arm der von Necmettin Erbakan Anfang der 1970er Jahre entstandenen „Milli-Görüs“-Bewegung (deutsch: Nationale Sicht). Diese Bewegung hatte die Einführung einer „gerechten“, sprich islamischen, Ordnung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zum Ziel (vgl. Yürüsen/Yayla 1997). Im Dezember 1995 gewann die RP mit 21% die Parlamentswahlen. Dabei hatte sie v.a. von Protestwählern einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise (1994), ihrem landesweiten karitativen Engagement und ihrer erfolgreichen Kommunalpolitik profitiert. In Großstädten wie Istanbul oder Ankara, wo die RP seit 1994 die Oberbürgermeister stellte, war nicht nur, wie im Wahlkampf versprochen, die Korruption zurückgegangen, sondern auch die Qualität der kommunalen Dienstleistungen, die Infrastruktur und der Umweltschutz hatten sich verbessert (Akinci 1999). Weitere Gründe für den RP-Wahlsieg waren die Unterstützung seitens der „anatolischen Bourgeoisie“<sup>10</sup> sowie überdurchschnittlich viele Wählerstimmen aus dem unterentwickelten kurdisch-geprägten Südosten des Landes und den rasant wachsenden Armenvierteln der Großstädte (Karakas 2007).

Nach dem Scheitern einer fragilen kemalistischen Minderheitsregierung wurde im Juni 1996 RP-Chef Erbakan in einer Koalition mit der kemalistisch-konservativen Partei des Wahren Weges (DYP) zum Premierminister gewählt. Erbakan, der in den Wahlkämpfen die Scharia gelobt, seinen Anti-Amerikanismus, Anti-Zionismus und Anti-Europäismus zur Schau gestellt und einen Austritt der Türkei aus der NATO befürwortet hatte, verpflichtete sich in seiner Regierungserklärung, die demokratisch-laizistische Ordnung und den außenpolitischen Kurs des Landes zu respektieren. Tatsächlich verlängerte der neue Premierminister aus „Gründen der nationalen Sicherheit“ die von den USA koordinierte irakische Luftüberwachung von türkischem Boden aus und respektierte die strategische Partnerschaft mit Israel sowie die Anfang 1996 in Kraft getretene Zollunion mit der EU.

Erbakan jedoch stattete weder Deutschland noch den USA einen Antrittsbesuch ab, stattdessen führten ihn seine Auslandsreisen in die „Schurkenstaaten“ Iran und Libyen zwecks Vertiefung der Außenhandelsbeziehungen. Mit dem Iran wurde im August 1996 ein umfangreiches Lieferabkommen für Erdgas unterzeichnet – dieses Geschäft war von den kemalistischen Vorgängerregierungen initiiert worden (Makovsky 1997). Doch mit dem Versagen des Premierministers in der Kurden- und Finanzpolitik wuchs die innerparteiliche Kritik, es kam zur populistischen Politisierung der Religion: Die RP forderte u.a. die Aufhebung des Kopftuch-

10 Durch die liberale Wirtschaftspolitik von Premierminister Özal setzte in den 1980er Jahren in der anatolischen Provinz ein ökonomischer Aufschwung ein. Es entstanden zahlreiche Firmen, die sich primär als Produzenten und Zulieferer von Exportgütern in den Bereichen Textilien, Leder, Lebensmittel, Baugewerbe und Maschinen auf dem Weltmarkt etablierten. Dieser Aufschwung schuf eine neue Mittelschicht, die „anatolische Bourgeoisie“. Das Rückgrat dieses muslimischen Bürgertums bilden gut ausgebildete Akademiker sowie Mittelständler.

Verbots in Universitäten und schränkte den Ausschank von Alkohol in staatlichen Kantinen ein. Zudem ließen einige RP-Bürgermeister „unsittliche“ Plastiken von öffentlichen Plätzen entfernen oder forderten vereinzelt die Einführung der Scharia (Karakas 2007). Diese Aktionen schürten die öffentlichen Diskussionen zwischen Islamisten und Kemalisten, doch interessanterweise griff das Militär nicht, wie in der Vergangenheit, über einen Putsch in das politische Geschehen ein, sondern der Nationale Sicherheitsrat legte einen politisch-juristischen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Islamismus vor, den Premierminister Erbakan unterzeichnen oder zurücktreten musste.<sup>11</sup> Diese als „Soft-Putsch“ in die Geschichte eingegangene Aktion des Militärs sowie die immer stärker werdenden öffentlichen pro-kemalistischen Massendemonstrationen führten schließlich zum Verlust der RP-DYP-Koalitionsmehrheit im Parlament und hatten den Rücktritt Erbakans im Juni 1997, nach nur einem Jahr im Amt, zur Folge (Akinci 1999). Die RP wurde 1998 verboten, Erbakan mit einem fünfjährigen Politikverbot belegt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sah das RP-Verbot als rechtmäßig an, da es der übergeordneten Notwendigkeit gedient hätte, Staat und Gesellschaft zu schützen. Die RP-Politiker hätten sich nicht eindeutig von Gewalt distanziert und mehrmals die Einführung der Scharia gefordert. Letztere widerspräche der Europäischen Konvention für Menschenrechte, die auch die Türkei unterzeichnet hat.<sup>12</sup>

### 3.2 US-amerikanische Perzeptionen und Reaktionen

Die US-amerikanischen Perzeptionen und Reaktionen bzgl. der RP waren widersprüchlich. Die Wahl Erbakans zum Premierminister wurde in Washington zurückhaltend aufgenommen (State Department 1996). Die Verlängerung der von der Türkei aus koordinierten irakischen Luftüberwachung wurde begrüßt, allerdings Erbakans Auslandsreisen nach Libyen und in den Iran scharf kritisiert, weil sie internationale Sanktionen unterminiert sowie die westliche Solidarität gefährdet hätten.<sup>13</sup> Widersprüchlich hingegen waren offizielle Einschätzungen zur Wirkung der RP. Während das State Department in einer Stellungnahme an den Kongress die demokratische Legitimierung der RP-DYP-Regierung betonte und eine „Iranisierung“ der Türkei für unwahrscheinlich hielt (US-Congress 1997a), unterstützte hingegen das US-Verteidigungsministerium den „Soft-Putsch“: „Ataturk, the founder of modern Turkey, put great emphasis on the importance of maintaining a secular government in order to create a Turkish democracy, a principle that the Turkish military is constitutionally-mandated and determined to uphold“ (US-Congress 1997b). Die USA waren zwar gegen einen „harten“ Putsch, hatten

11 „Die türkischen Militärs haben ein Machtwort gesprochen. Nationaler Sicherheitsrat bekräftigt Prinzipien Atatürks – Regierung ohne Islamisten?“, in: FAZ, 02.03.1997.

12 Das Gerichtsurteil ist online nachzulesen unter: [www.menschenrechte.ac.at/orig/03\\_1/Refah.pdf](http://www.menschenrechte.ac.at/orig/03_1/Refah.pdf) (28.12.2010).

13 „Kurs der Türkei beunruhigt die USA – Regierung Erbakan geht auf islamische Nachbarn zu“, in: Frankfurter Rundschau, 14.08.1996.

aber keine Einwände gegen die zivilen Maßnahmen des Militärs und das Parteiverbot (State Department 1997, 1998).<sup>14</sup>

Die Analyse bzgl. der Auslandshilfen macht deutlich, dass die USA in den 1990ern mit dem Spannungsverhältnis geostrategische Interessen vs. Demokratie/Menschenrechte konfrontiert wurden – dieses hatte jedoch nichts mit der RP-Regierungsübernahme zu tun. So hatte der US-Kongress die Vergabe der Auslandshilfen (also der EZ, Militärhilfe, etc.) Mitte der 1990er an die Türkei wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen konditioniert, sprich die Hilfen zwar bewilligt, aber ihre Auszahlung von Fortschritten bei der Demokratisierung und der Öffnung der türkisch-armenischen Grenze abhängig gemacht (Callaway/Matthews 2008: 148f). Außenministerin Albright hingegen befürwortete aus Gründen der nationalen Sicherheit eine nicht-konditionierte Auslandshilfe für die Türkei und zwar unabhängig von der politischen Couleur der Machthaber in Ankara (Albright 1997). Und tatsächlich führte die Konditionierung zu einer Verstimmung in den bilateralen Beziehungen: Fast alle türkischen Parteien kritisierten sie, weil dadurch eigene nationale Sicherheitsinteressen im Kampf gegen die PKK beeinträchtigt wurden. Daher verzichtete die Türkei 1994, 1996, 1997 von sich aus auf die Inanspruchnahme der Gelder (Tabelle 1).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die USA zwar eine widersprüchliche Perzeption zur RP hatten, dennoch befürworteten sie den „Soft-Putsch“. Premierminister Erbakan und seine als islamistisch eingestufte RP hatten aus Sicht der USA die innenpolitische Stabilität der Türkei gefährdet, den Anti-Amerikanismus geschürt sowie die „Schurkenstaaten“ aufgewertet (Isyar 2005: 40; Lombardi 1997). Auffällig ist, dass die Konditionierung der ODA durch den Kongress Mitte der 1990er keine negativen Auswirkungen auf die Mittel der NED hatten, welche vorrangig zivilgesellschaftliche Projekte und Organisationen fördert. Im Gegenteil: Die Demokratiestiftung steigerte ihre jährlichen Türkei-Hilfen deutlich im Wirkungszeitraum der RP, also zwischen 1995-1998, danach sanken sie wieder (Tabelle 3). Dabei wurden v.a. Menschenrechte, Genderfragen im Islam, effektivere kommunale Regierungsführung sowie politische Partizipation gefördert.<sup>15</sup>

### 3.3 Deutsche Perzeptionen und Reaktionen

Die Wahl Erbakans zum Premierminister wurde auch in Deutschland zurückhaltend aufgenommen, die Devise des Auswärtigen Amts hieß „Abwarten“. Erbakan wurde als eine bekannte politische Größe angesehen, die „seit 30 Jahren zum politischen Establishment“ gehöre und genau wisse, „was der Westen von der Türkei wünscht“.<sup>16</sup> Allerdings sorgten Politik und Rhetorik Erbakans auch in Deutschland für Unruhe und für widersprüchliche Perzeptionen. In der

14 „US Quietly Welcomes Ultimatum to Welfare“, in: Turkish Daily News, 07.03.1997; „US Wants Turks to ‘Sustain Secularism’“, in: Turkish Daily News, 30.04.1997.

15 Vgl. NED Annual Reports 1995-1998.

16 „Ganz gelassen wartet Bonn erst ein bisschen ab – Deutsche Politik will den neuen türkischen Regierungschef Erbakan nicht zuletzt am Verhältnis zu den Kurden messen“, in: Frankfurter Rundschau, 09.07.1996.

Schwarz-Gelben Bundesregierung hieß es einerseits, „man müsse aufpassen, dass einen die Entwicklung in der Türkei nicht ähnlich überrumple wie die islamische Revolution Ende der 1970er Jahre in Iran“. <sup>17</sup> Andererseits sah Außenminister Kinkel (FDP) keinen Grund, Premierminister Erbakan zu misstrauen, weil er weder die NATO-Mitgliedschaft seines Landes noch die Zollunion mit der Europäischen Union suspendiert hatte. Kinkel sah die „Normalisierung“ der Beziehungen der Türkei zu ihren islamischen Nachbarn (inklusive Iran) als sicherheitsfördernd für die gesamte Region an. <sup>18</sup>

Im März 1997 jedoch kam es zum Streit in den bilateralen Beziehungen. Damals erklärten einige christdemokratische europäische Regierungschefs, darunter auch Bundeskanzler Kohl, dass die Türkei kein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU sei, weil sie ein „islamisches Land“ sei. <sup>19</sup> Diese offen kulturalistisch-negative Haltung provozierte nicht nur anti-deutsche und anti-europäische Ressentiments in der Türkei, sondern schwächte dort auch die deutsche Glaubwürdigkeit und Kritik an der heiklen Menschenrechtssituation (Anderson 2004: 318f). Zudem führte sie zum Streit zwischen den USA und Deutschland. Washington sah eigene Sicherheitsinteressen in Osteuropa gefährdet, weil die Türkei gedroht hatte, die NATO-Erweiterung so lange zu blockieren, bis sie offiziell zum EU-Beitrittskandidaten ernannt wird (Riemer 2006).

Interessant ist die Reaktion in Deutschland auf den „Soft-Putsch“ und den Rücktritt Erbakans: Beides wurde offiziell zur Kenntnis genommen, inoffiziell jedoch herrschte sowohl in der Bundesregierung als auch im Bundestag mehrheitlich große Erleichterung. <sup>20</sup> Premierminister Erbakan war mit seinen anti-europäischen und anti-deutschen Ressentiments zu einer Belastung in den bilateralen Beziehungen geworden. Er hatte sich, entgegen seiner Ankündigungen im Wahlkampf, nicht ernsthaft mit der „Kurden-Frage“ und der Menschenrechtssituation befasst und damit nicht nur die deutsche Politik brüskiert, sondern auch nationale Interessen nach einer Wahrung des innergesellschaftlichen Friedens in Deutschland missachtet (Kramer 1998). <sup>21</sup> Zudem drohte der politisierte Islam Erbakans über Netzwerke, Geschäftsverbindungen und Zuwanderung auch auf die türkische Diaspora überzuspringen. Die Ereignisse in der Türkei sensibilisierten die deutsche Innenpolitik und Justiz – diese ging juristisch gegen RP-nahe und andere (türkische) islamistische Organisationen in Deutschland vor (Schiffauer 2000). Eine wichtige Rolle bei der Beeinflussung der deutschen Politik und Justiz spielten säkulare deutsch-türkische *pressure groups* und Medien. <sup>22</sup> Zum Verbot der RP gab Deutschland eine gemeinsame Stellungnahme mit der Europäischen Union ab. Darin wird das Parteiverbot „mit Bedau-

17 „Der neue Mann in Ankara stört Bonns Gelassenheit nun doch ein wenig – Die Abkommen der türkischen Regierung mit ihren Nachbarn wecken Sorge deutscher Politiker“, in: Frankfurter Rundschau, 16.08.1996.

18 „Kinkel: Kein Hysterie“, in: taz, 17.08.1997.

19 „Ankara besteht auf Perspektive eines EU-Beitritts“, in: FAZ, 06.03.1997.

20 Interview mit MdB Uta Zapf (SPD) und Vertretern der Bundesregierung.

21 „Schrille Töne aus Ankara – Erbakan verweigert Bonner Abgeordneten Dialog über Menschenrechte“, in: Die Welt, 29.11.1996; Interview mit MdB Uta Zapf (SPD).

22 Interview mit der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD).

ern zur Kenntnis“ genommen, gleichzeitig die Türkei ermahnt, künftig demokratischen Pluralismus und Meinungsfreiheit zu respektieren (AA 1998).

Die zusammenfassende Analyse der Reaktionen in der EZ ergibt, dass es im Wirkungszeitraum der RP zu einer Verdreifachung der deutschen ODA-Bewilligungen an die Türkei (1995-1997) gekommen ist (Tabelle 1). Zwar hatte auch Deutschland Demokratie und Menschenrechte angemahnt, aber – anders als die USA – die Vergabe der ODA nicht konditioniert. Diesen Verzicht auf Konditionierung hatte bereits 1993 der Bundesminister für Entwicklungszusammenarbeit, Spranger (CSU), aus nationalen Interessen heraus befürwortet und sah darin keinen Widerspruch: „Außerdem ist uns sehr wichtig, dass die Türkei stabil bleibt und nicht vom islamischen Fundamentalismus gefährdet wird. Weiter müssen wir auch aus innenpolitischen Gründen Rücksicht nehmen. In Deutschland leben fast zwei Millionen Türken. Wir wollen also das Verhältnis zwischen beiden Ländern möglichst harmonisch gestalten.“<sup>23</sup> Ins Bild passt hier auch die Erhöhung der BMZ-Bewilligungen für die Türkei bezogenen Projekte der Stiftungen: Zwischen 1990-1994 hatten diese rund 3,7 Mio. Euro betragen, doch zwischen 1995-1998 stiegen sie auf ca. 9,8 Mio. Euro an (Tabelle 4). Dabei wurden sowohl über den öffentlichen als auch zivilgesellschaftlichen Sektor u.a. Menschenrechte, Chancengleichheit, kommunale Selbstverwaltung, Umweltschutz, Rechtsstaatlichkeit und Unternehmertum gefördert.<sup>24</sup>

## **4. Der Umgang der USA und Deutschlands mit der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP)**

### **4.1 Die Türkei auf dem Weg in die „post-kemalistische“ Ära? Regierungsübernahme, Politik und Wirken der AKP**

Die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) wurde nach dem Verbot der RP und ihrer kurzlebigen Nachfolgerin, der oppositionellen Tugendpartei (FP, Fazilet Partisi), im Sommer 2001 gegründet und war aus der Spaltung von Erbakans „Milli-Görüs“-Bewegung hervorgegangen. Das Erbakan-nahe und traditionalistische Lager versammelte sich in der Wohlergehenspartei (SP, Saadet Partisi), die Reformisten unter der Führung des heutigen türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül sowie des heutigen Premierministers Recep Tayyip Erdoğan in der AKP. Beide hatten Erbakans autoritären Führungsstil kritisiert, ebenso die Misserfolge der RP während der Regierungszeit und die islamistische Rhetorik, die das Parteiverbot provoziert hatte (Dagi 2008; Yavuz 2003). Dieses Umdenken schlug sich im neuen Parteiprogramm nieder. Darin verpflichtet sich die AKP auf die Förderung von Demokratie und Menschenrechten und respektiert die Grundsätze des Kemalismus. Der wichtigste Punkt im Parteiprogramm (und zu-

23 „Ich halte am Kriterium Menschenrechte fest – Minister Carl-Dieter Spranger über die Bedingungen deutscher Entwicklungshilfe“, in: Frankfurter Rundschau, 11.06.1993.

24 Interviews mit den Stiftungen.

gleich größte Unterschied zur RP) ist das klare Bekenntnis zur westlichen Gemeinschaft: der EU-Beitritt ist ein prioritäres Ziel, die NATO und USA werden als wichtige Partner bezeichnet.<sup>25</sup> Dieser ideologische Transformationsprozess wurde von Stephen Kinzer (2003: 11) als „the most astonishing political revolution“ im Nahen Osten bezeichnet.

Nur ein Jahr nach ihrer Gründung gewann die AKP im November 2002 mit 34% der Stimmen die Parlamentswahlen – die konkurrierende Erbakan-Partei SP kam übrigens nur auf 2,5%. Dabei profitierte die AKP nicht nur von Wählerstimmen aus dem islamischen Milieu, sondern auch von einem Mangel an politischen Alternativen, von Protestwählern einer schweren Finanzkrise (Frühjahr 2001) sowie überproportional von der 10%-Wahlhürde – mit nur einem Drittel der Wählerstimmen erhielt sie fast zwei Drittel der Parlamentssitze. Die AKP, die sich als konservativ-reformistische, marktliberale und pro-europäische Sammlungsbewegung präsentiert hatte, konnte auch Wählerstimmen von EU-Beitrittsbefürwortern, Liberalen, der Wirtschaft sowie dem alevitischen und kurdischen Milieu gewinnen (Özel 2003; Dagi 2008). Zu den Erfolgen der seit 2002 allein regierenden AKP zählt ihre Demokratisierungspolitik zur Erfüllung der „Kopenhagener Kriterien“ – sie hat den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen ermöglicht – sowie ihre Wirtschaftspolitik: Die Privatisierung von Staatsunternehmen und die weitere Marktöffnung für ausländische Investoren haben der Türkei zwischen 2002 und dem Beginn der internationalen Finanzkrise (2008) den längsten Wirtschaftsboom ihrer Geschichte beschert. Dabei hat sich das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen auf über 10.000 USD verdreifacht.

Trotz oder wegen der Erfolge der neuen pro-islamischen Eliten von der AKP ist in den letzten Jahren ein Kultur- und Machtkampf mit den alten, säkular-kemalistischen Staatseliten um die „richtige“ Republik ausgebrochen. Dabei gibt es drei Spannungsfelder:

#### a) „Islamisierung“ von Staat, Politik und Gesellschaft

Dieser von Kemalisten gemachte Vorwurf bezieht sich auf die „Ein-Parteien-Herrschaft“ der AKP und die Besetzung zentraler Stellen des Staatsapparates (Ministerien, Justizbehörden, Militär, Polizei, etc.) durch AKP-Politiker und -Sympathisanten. Doch auch die stärkere Rückkehr der Religion in den öffentlichen Raum, der Ausbau der staatlichen Koranschulen, die sukzessive Verbannung alkoholischer Getränke aus den Kantinen staatlicher Behörden, die Einschränkung von Alkoholausschank in AKP-regierten Kommunen, offiziell aus Gesundheitsgründen, sowie der mancherorts auf lokaler Ebene artikulierte (bisher erfolglose) Vorschlag, öffentliche Parks und Strände nach islamischen Kriterien in Männer- und Frauenbereiche einzuteilen, schüren Ängste vor einer Islamisierung (Karakas 2007). Diese Ängste, aber auch die Furcht der kemalistischen Staatselite vor dem Verlust ihres jahrzehntelangen Prärogativs über staatliche Ressourcen, hatten eine Putschdrohung des Nationalen Sicherheitsrates gegen die Präsidentschaftskandidatur Abdullah Güls im April 2007 sowie vorgezogene Parlamentswahlen im Juli 2007 zur Folge. Allerdings konnte die AKP mit 46% ihren Stimmenanteil

25 Das Parteiprogramm der AKP ist online einzusehen, auch in englischer Sprache, unter: <http://eng.akparti.org.tr/english/partyprogramme.html> (28.12.2010).



weiter erhöhen und dank der 10%-Hürde erneut fast eine Zwei-Drittel-Mehrheit einfahren. Den Wahlsieg hatte sie ihrer erfolgreichen Wirtschafts- und Europapolitik, aber auch liberalen Wählern zu verdanken, die ein Zeichen gegen den türkischen Militarismus setzen wollten (Shankland 2007). Seit Gül im August 2007 vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bekleidet die AKP, anders als noch im Falle der RP, die beiden höchsten Ämter im Staat – seither sind die Islamisierungsvorwürfe virulenter geworden. Der Versuch der AKP, das Interpretationsmonopol der Kemalisten über religiöse Symbole aufzubrechen und das Kopftuch-Verbot im Frühjahr 2008 durch eine Verfassungsänderung aufzuheben, zog ein (inzwischen eingestelltes) Parteiverbotsverfahren nach sich (Karakas 2008). Mit dem Referendum zur Verfassungsreform vom September 2010 konnte die AKP-Regierung erreichen, dass das Kopftuch-Verbot für Studentinnen, das seit dem Putsch von 1980 galt, weitgehend aufgehoben wurde; für Bedienstete im öffentlichen Dienst gilt es weiterhin.<sup>26</sup>

### *b) Autoritarisierung und Absicherung der eigenen Macht*

Unter der AKP-Regierung hat es im Zuge des EU-Beitrittsprozesses nur eine begrenzte Aufweichung der kemalistischen Prinzipien Nationalismus und Republikanismus gegeben. Zwar wurden die kulturellen Rechte der Kurden gestärkt – so sind nun der Gebrauch der kurdischen Sprache in den Medien, bei Wahlkämpfen sowie Kurdisch-Unterricht in Privatschulen erlaubt. Allerdings gibt es, wie die EU-Kommission in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht kritisiert, nur geringe Fortschritte bei der Religionsfreiheit v.a. der christlichen und alevitischen Minderheit (EU Kommission 2010). Bezüglich der Meinungs- und Pressefreiheit wurde auch der Paragraph 301 nur marginal reformiert. Er begünstigt eine zunehmende Autoritarisierung bei der Regierung Erdogan, wie die Internet-Zensur (z.B. das langjährige Verbot von „Youtube“ wegen „anti-islamischer Propaganda“ sowie Beleidigung von Staatsgründer Atatürk) oder die juristische Auseinandersetzung mit der AKP-kritischen Dogan-Media-Group, bekannt für die auch in Deutschland erscheinenden Tageszeitungen „Hürriyet“ und „Milliyet“, demonstrieren. Letztere soll Steuern hinterzogen haben und nun über zwei Mrd. Euro nachzahlen.<sup>27</sup> Eine Autoritarisierung ist auch beim Umgang mit Kritikern der AKP feststellbar. Im Zuge der seit Sommer 2008 laufenden „Ergenekon“-Ermittlungen wurden, teilweise unterstützt vom Nationalen Sicherheitsrat, mehrere hundert Personen, darunter pensionierte Generäle sowie nationalistische und pro-kemalistische Politiker und Journalisten, wegen „Putschverdachts“ gegen die AKP-Regierung festgenommen. Dabei nahm die Regierung aber auch direkten Einfluss auf die Ermittlungen der Justiz bzw. ihr nahestehende Staatsanwälte und Polizeikräfte und nutzte die Verhaftungen auch dafür, unliebsame Kritiker zu diskreditieren (Jenkins 2009). Problematisch ist ebenso die Entscheidung der Regierung Erdogan, im Zuge der Verfassungsreformen vom September 2010 den Einfluss der Exekutive auf die Judikative<sup>28</sup> beizubehalten sowie, entgegen ihres Versprechens, die 10%-Wahlhürde doch nicht abzusenken – wohl aus dem Kalkül

26 „Quiet End to Turkey’s College Headscarf Ban“, in: BBC News Europe, 31.12.2010.

27 „Türkische Mediengruppe: Dogan bereitet eigenen Verkauf vor“, in: FAZ, 14.10.2010.

28 Die Verfassungsänderung sieht vor, dass der Staatspräsident künftig 16 der 19 Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes auswählen darf, sieben davon kann er nach seinem persönlichen Ermessen direkt ernennen.

heraus, auch in Zukunft von ihr zu profitieren. Wie diese Beispiele zeigen, begünstigen ironischerweise gerade die kemalistischen Systemdefekte (10%-Hürde, Paragraph 301, mangelnde Gewaltenteilung) die Autoritarisierung der AKP-Regierung sowie die Absicherung ihrer Macht und führen zu einer (weiteren) Perpetuierung systemimmanenter Demokratiedefizite in der Türkei.

### c) Außenpolitische „Abkehr vom Westen“

Die außenpolitische Doktrin der AKP-Regierung („Strategische Tiefe“) postuliert eine aktive Außenpolitik mit dem Ziel der „zero problems“ mit den Nachbarstaaten. Dabei soll die Türkei in die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht und eines „ehrlichen Maklers“ hineinwachsen (Davutoglu 2005). Diese Politik führte u.a. dazu, dass es zu einem Ausbau der Beziehungen mit Griechenland, Armenien und dem Irak kam und Ankara sich vermittelnd in Bosnien sowie in den Israel-Palästina- und Israel-Syrien-Konflikt einschaltete. Die neue Außenpolitik hat aber auch zur Folge, dass der NATO-Partner Türkei vermehrt eigene nationale Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen verfolgt. So verweigerte – gemeinsam mit der oppositionellen kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP, Cumhuriyet Halk Partisi) – z.B. das von der AKP dominierte türkische Parlament im Frühjahr 2003 US-Truppen den Einmarsch in den Irak von türkischem Boden aus, weil keine völkerrechtliche Legitimierung des Irak-Einsatzes vorlag. Zudem befürchtete die Regierung Erdogan im Falle eines Krieges einen Kollaps des Außenhandels mit dem Irak und anderen Nahost-Nachbarn. Des Weiteren steht die AKP-Regierung im Verdacht, aufgrund nachlassender Reformen und der Nicht-Anerkennung Zyperns die Türkei von der EU abzuwenden sowie populistisch den Anti-Amerikanismus zu schüren. Parallel dazu kam es unter Premierminister Erdogan zu einem Ausbau der Beziehungen zu Russland, Iran und Syrien. Mit dem Iran wurde erneut ein umfangreiches Erdgas-Abkommen im Sommer 2007 unterzeichnet. Die zum Teil drastische Kritik an Israel und seiner Nahostpolitik, das lange Taktieren Ankaras bei der Kandidatur des dänischen Premiers Rasmussen (wegen seiner „anti-islamischen“ Haltung bzgl. der „Mohammed-Karikaturen“) zum neuen NATO-Generalsekretär oder das brasilianisch-türkische „Nein“ im Sommer 2010 zu den UN-Sanktionen gegen das iranische Atomprogramm sollen, unterstützt von der rasant wachsenden einheimischen Wirtschaft, das neue Selbstbewusstsein der Türkei unterstreichen und das Land als *leading nation* in der islamischen Welt positionieren.<sup>29</sup>

## 4.2 US-amerikanische Perzeptionen und Reaktionen

Der Wahlsieg der AKP wurde in den USA verhalten aufgenommen: „Let us at this point congratulate the Justice and Development Party on its electoral success in yesterday's parliamentary elections. We also congratulate the Turkish people in demonstrating through their conduct of the election the vibrancy of Turkey's democracy“ (State Department 2002). Es ist nicht klar, inwieweit diese Gratulation aufrichtig gemeint war. Denn nur wenige Tage nach der Wahl

29 „The Davutoglu Effect - All Change for Foreign Policy“, in: The Economist, 23.10.2010.

wurde der designierte Chef des türkischen Nationalen Sicherheitsrates, General Hilmi Özkök, von Außenminister Powell in Washington empfangen. Offiziell wurde das Ganze als Antrittsbesuch bezeichnet, doch auch die künftige türkische Innen- und Außenpolitik der nun allein regierenden AKP waren ein Thema (Kapsis 2006: 41f).

Im Dezember 2002 allerdings wurde AKP-Chef Erdogan – er saß 1999 vier Monate im Gefängnis wegen „Aufstachelung zur Feindschaft aufgrund von Religion“ und konnte wegen einer erforderlichen Nachwahl erst Mitte März 2003 Premierminister werden – von Präsident Bush entgegen protokollarischer Gepflogenheiten fast wie ein Staatschef empfangen (White House 2002). Ein Jahr nach den Anschlägen des 11. September zeigten die USA einen nicht-ideologischen bzw. pragmatischen Umgang mit der AKP und hatten folgendes Kalkül: Durch die Aufwertung Erdogans, dem Preisen der Türkei *und* der AKP als „Leitbilder“ für die muslimische Welt sowie der Zusicherung, den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beim bevorstehenden EU-Gipfel in Kopenhagen zu unterstützen, wollte Präsident Bush sich die Unterstützung der AKP-Regierung für den bevorstehenden Irak-Krieg „erkaufen“ (Kapsis 2006). Ins Bild passt hier die massive Aufstockung der ODA-Bewilligungen über Sonderzahlungen aus dem „Economic Support Fund“ von 200 Mio. USD für das Haushaltsjahr (fiscal year) 2003 und von 1 Mrd. USD für 2004 (Tabelle 1). Als Begründung hieß es: „Turkey is a front-line state and one of our most important allies. Its strategic location in the nexus of Europe, the Middle East, the Caucasus, and the Caspian, coupled with its unique status as the only predominantly Muslim NATO member, make it an active and extremely valuable partner“ (CBJ 2003). Die Gelder sollten finanzielle Verluste der Türkei beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus kompensieren sowie die weitere Unterstützung Ankaras sicherstellen (CBJ 2004). Zwar gab es dieses Mal keine Konditionierung der US-Gelder mit Demokratie- und Menschenrechtsfragen wie in den 1990ern, dennoch kam es 2003 nicht zur Auszahlung der Sonderhilfe von 1 Mrd. USD (Tabelle 1). Mit ein Grund hierfür war, dass das türkische Parlament im März 2003 gegen den Einmarsch der US-Truppen von südostanatolischem Boden aus in den Nord-Irak gestimmt und lediglich Überflugrechte gewährt hatte. Die AKP-Regierung hatte zuvor Washington signalisiert, dass sie für den US-Einsatz werben und es zu der notwendigen Mehrheit kommen würde. Der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz hingegen sprach von einem Vertrauensbruch gegenüber der AKP-Regierung, kritisierte die Entscheidung des Parlaments und offenbarte ein merkwürdiges Demokratieverständnis: „I think we had a big disappointment. [...] I think particularly the military. I think for whatever reason they did not play the strong leadership role on that issue that we would have expected.“ Nach Ansicht von Wolfowitz hätte das türkische Militär, vehementer noch als die AKP-Regierung, das Parlament „überzeugen“ müssen, die USA aktiver zu unterstützen, denn nur so hätte Ankara beim *Peacebuilding* im Irak und beim Wiederaufbau des Landes von Beginn an beteiligt werden können (Wolfowitz 2003).

Trotz der Enttäuschung über die Irak-Entscheidung des türkischen Parlaments und trotz AKP-kritischer Stimmen im Kongress liefen die Auslandshilfen weiter. Die Regierung Bush gewährte der Türkei im Herbst 2003 einen zinsgünstigen Kredit von 8,5 Mrd. USD zur weiteren Stabilisierung der Wirtschaft nach den heftigen Turbulenzen im Frühjahr 2001 (Momani 2006/07). Des Weiteren hatten die USA – unabhängig vom Regierungsantritt der AKP – bereits 2002 ihre Auslandshilfen erhöht und bewilligten sie auch in den Folgejahren (CBJ 2002-2010). Die USA demonstrierten Flexibilität und Pragmatismus, um geostrategische Interessen

zu schützen. Darunter fielen u.a. die Versorgung eigener Truppen und die Stabilisierung des Nachkriegs-Irak vom südostanatolischen Militärstützpunkt Incirlik aus; die weitere Einbindung der muslimischen Türkei in den ISAF-Einsatz in Afghanistan; die Unterstützung Ankaras beim Kampf gegen islamistischen und kurdischen Terrorismus *in* der Türkei; die Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen im Nahen Osten sowie die Eindämmung von Drogenlieferungen aus Afghanistan und von Flüchtlingsströmen aus dem irakischen Grenzgebiet (CBJ 2003-2010). Das Engagement der USA zahlte sich aus: Unter Vermittlung Washingtons versprachen die NATO-Partner Türkei und Griechenland, ihre Grenzstreitigkeiten in der Ägäis über zivile Wege zu lösen; zudem stimmte die AKP-Regierung der Wiedervereinigung Zyperns im Frühjahr 2004 zu – beide Aktionen waren aus US-Sicht wichtig für die störungsfreie Intra-Operabilität der NATO; des Weiteren übernahm Ankara erneut die ISAF-Führung in Afghanistan. Auch zeigte sich Präsident Bush beeindruckt von der Demokratisierungspolitik der Regierung Erdogan zur Erfüllung der „Kopenhagener Kriterien“, die – unterstützt von Washington – den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 zur Folge hatte.<sup>30</sup>

Obwohl im Sommer 2006 noch in einer gemeinsamen Erklärung der Ausbau der „Strategischen Partnerschaft“ vereinbart wurde, verschlechterten sich ab Herbst 2006 die Beziehungen dramatisch. Nach einer Serie von Terroranschlägen durch Splittergruppen der kurdischen PKK, die vom irakischen Grenzgebiet aus operierten, lehnten die USA einen Einmarsch der Türkei in den Nord-Irak ab, um dort eigene Stabilitätsinteressen nicht zu gefährden. Dies jedoch hatte die nicht-intendierte Folge, dass der seit dem Irak-Krieg wachsende Anti-Amerikanismus in der Türkei weiter entfacht und den USA ein Interesse an einem unabhängigen „Kurdistan“ unterstellt wurde (Barkey 2009; Taspinar 2005). Problematisch aus US-Sicht war auch die seit 2006 zunehmende Politisierung der Religion durch Premierminister Erdogan (v.a. in der Kopftuch-Frage) sowie die Präsidentschaftskandidatur Güls. Sie verschärften den Machtkampf zwischen der AKP-Regierung und dem türkischen Militär, destabilisierten das Land für die nächsten Jahre und hatten die Putschdrohung und Neuwahlen (2007) sowie das Parteiverbotsverfahren (2008) zur Folge.<sup>31</sup> Interessant hierzu sind die offiziellen US-Reaktionen. Das State Department kommentierte die Putschdrohung wie folgt: „We have real confidence in Turkey's democracy and we have confidence in their constitutional processes. [...] We are encouraging *everybody* to participate in Turkey's democracy according to *their* constitution and laws“ [Hervorheb. d. Verf.] (State Department 2007c). Der erneute AKP-Wahlsieg und die Wahl Güls zum Staatspräsidenten wurden mit Zurückhaltung kommentiert (State Department 2007a, 2007b); auch beim AKP-Verbotsverfahren hoffte Außenministerin Rice auf eine Lösung entlang des *kemalistischen* Demokratieverständnisses: „We believe and hope that this will be decided *within Turkey's* democratic context and by its secular democratic principles“ [Hervorheb. d. Verf.] (State Department 2008b). Die USA hatten, wie im Falle der RP, zwar kein Interesse an einem „harten Putsch“, aber

30 „US Praises AKP Role in Turkey's Democratization“, in: Turkish Daily News, 11.11.2005.

31 „Troubles Ahead“, in: The Economist, 19.10.2006; „Der General spricht“, in: FAZ, 04.10.2006.

auch keine Einwände gegen ein ziviles Eingreifen des türkischen Militärs und verwiesen auf dessen (umstrittene) Rolle als politisches Korrektiv.<sup>32</sup>

Diese US-Reaktionen sind Beleg für den Vertrauensbruch mit der AKP-Regierung und resultieren auch aus der „islamischen“ AKP-Außenpolitik. Erdogan hatte aus Sicht der Bush-Administration die USA nicht nur beim Irak-Einsatz hintergangen, sondern ebenfalls, indem er zunehmend den türkischen ISAF-Einsatz in Afghanistan in Frage stellte, Israels Nahostpolitik kritisierte (nachdem Ankaras Vermittlungsbemühungen gescheitert waren) und den Ausbau der Beziehungen zu Russland und den „Schurkenstaaten“ Syrien und Iran forcierte. Gerade der Abschluss des neuen türkisch-iranischen Erdgas-Abkommens im Sommer 2007 war aus US-Sicht ein Affront, weil es das Mullah-Regime stärkte und, genauso evident, den Einfluss der USA auf die Türkei schwächte. Denn als die Clinton-Regierung 1999 den Bau der Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline initiiert hatte, sollten nicht nur die USA unabhängiger vom arabischen und russischen Öl, sondern auch die Türkei von Ressourcen aus Russland und v.a. dem Iran (und im Umkehrschluss wieder „abhängiger“ von den USA) werden. Doch trotz des angespannten Verhältnisses zur AKP-Regierung distanzierte sich auch die Bush-Administration, wie ihre Vorgänger, im Herbst 2007 von der Resolution des Kongresses zur „Anerkennung des türkischen Völkermords an den Armeniern“. Die US-Regierung sah geostrategische Interessen gefährdet, weil Ankara gedroht hatte, die USA vom Militärstützpunkt Incirlik zu verbannen – dies hätte gravierende Folgen für die Versorgung der US-Truppen in Afghanistan und Irak zur Folge gehabt (Giragosian 2009).

Ein neuer Akzent war Anfang 2008 die „erpresserische Haltung“ der AKP-Regierung, als sie, unterstützt vom türkischen Militär, den USA drohte, notfalls auch ohne Unterstützung Washingtons in den Nord-Irak einzudringen zwecks Bekämpfung der kurdischen PKK. Nach dem Vorwurf der „Doppelstandards“, die USA würden eigene Interessen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus ernster nehmen als den türkischen Kampf gegen den kurdischen Terrorismus, lenkte Präsident Bush ein und unterstützte die Türkei mit nachrichtendienstlichen Informationen, damit die Militäroperation schneller abgeschlossen werden konnte (Barkey 2009). Parallel zu den Verstimmungen in der Außenpolitik wuchs die US-Kritik an der türkischen Innenpolitik. Das Stocken des Demokratisierungsprozesses und die zunehmende Autoritarisierung der AKP waren aus US-Sicht Belege für ihre heimliche Islamisierungspolitik. So forderten die USA in ihren Menschenrechtsberichten mehr Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit, Religionsfreiheit für Christen und Aleviten sowie kulturelle Rechte für Kurden. Die aus Sicht der AKP mangelnde Religionsfreiheit für Muslime in der kemalis-

32 In Artikel 118 der türkischen Verfassung steht zur Rolle des Nationalen Sicherheitsrates: „Die Beschlüsse zu Maßnahmen, die zu treffen der Rat im Hinblick auf den Schutz der Existenz und Unabhängigkeit des Staates, der Einheit und Unteilbarkeit des Landes, des Wohls und der Sicherheit der Gemeinschaft für notwendig hält, werden vom Ministerrat in seine Erwägungen einbezogen.“ Inwieweit hieraus ein Recht des Nationalen Sicherheitsrats zum „Eingreifen“ in die türkische Politik resultiert, ist juristisch umstritten. Das Militär selber rekurriert (wie beim Putsch von 1980) insbesondere auf Artikel 35 und 85 seiner „Internen Verhaltensregeln“. Demnach ist es verpflichtet, die Grundsätze der Republik gemäß der Verfassung zu beschützen und gegen innere wie äußere Gefahren zu verteidigen, notfalls mit Gewalt. Cf. Jung 2001.

tischen Türkei (etwa in der Kopftuch-Frage) hingegen wurde in den Berichten nicht problematisiert (State Department 2009).

Doch auch unter Präsident Obama haben sich die bilateralen Beziehungen nur marginal verbessert, obwohl er in seiner Rede vor dem türkischen Parlament im April 2009 vom Aufschlagen eines neuen Kapitels in den bilateralen Beziehungen gesprochen hatte (White House 2009). Zwar konnte seine Regierung unter der Schirmherrschaft von Außenministerin Clinton die türkisch-armenische Annäherung im Herbst 2009 erreichen, dennoch ist die transatlantische Kluft unübersehbar. Die Obama-Administration war enttäuscht über das „erpresserische“ Taktieren Ankaras bei der Wahl von Rasmussen zum neuen NATO-Generalsekretär und „alarmiert“ über die „hysterische“ Reaktion der türkischen Regierung beim „Gaza Flotilla“-Vorfall<sup>33</sup>, welchen der türkische Außenminister Davutoglu – bar jeder Ironie – als das türkische „9/11“, sprich das türkische Pendant zu den Anschlägen des 11. September, bezeichnet hatte. Auch die brasilianisch-türkische Ablehnung der UN-Sanktionen gegen den Iran sorgte für erhebliche Irritationen, in der Folgezeit wurden eine Reihe hochrangiger Meetings von Washington, z.B. zur Terrorismusbekämpfung, abgesagt.<sup>34</sup> Einen wesentlichen Grund für die neue türkische Außenpolitik sieht US-Verteidigungsminister Gates in der kulturalistischen Politisierung des EU-Beitritts und gibt somit indirekt Deutschland eine Mitschuld an der türkischen „Abkehr vom Westen“.<sup>35</sup> Mit Blick auf die Verfassungsreformen vom September 2010 gab es vom Weißen Haus nur zurückhaltende Statements, wobei Präsident Obama diplomatisch zweideutig die „vibrancy“ (Lebendigkeit) der türkischen Demokratie lobte (White House 2010).

Inwieweit wurde die EZ von der Verschlechterung der amerikanisch-türkischen Beziehungen beeinträchtigt? Ein Blick auf Tabelle 1 belegt, dass die USA ihre ODA-Auszahlungen – trotz aller Kritik an der AKP-Regierung – fortsetzten. Diese betragen im Wirkungszeitraum der AKP, also zwischen 2002-2009, über 259 Mio. USD, im achtjährigen Vergleichszeitraum 1994-2001 waren es rund 170 Mio. USD. Hier ist insoweit ein Wandel feststellbar, als dass die US-Entwicklungshilfe wegen der positiven sozioökonomischen Entwicklung der Türkei Ende der 1990er eigentlich planmäßig auslaufen sollte. Begründet wurden die Neu-Zusagen u.a. wie folgt: „Turkey is a front-line state, a key ally in the war on terrorism [...]. Its success as a democratic, open-economy Muslim state rooted in the West is important to U.S. efforts at political and economic reform in the Middle East and Eurasia“ (CBJ 2007). Die US-Gelder wurden an die AKP-Regierung überwiesen mit dem Ziel, die Grenzkontrollen im Kaukasus und zum Iran und Irak zwecks Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen auszubauen sowie einen Teil des türkischen ISAF-Einsatzes zu finanzieren (CBJ 2007-2008). Des Weiteren kam es zu einer Gewährung von Mitteln aus dem „Economic Support Fund“ in den Jahren 2006-2008, um die sozioökonomische Entwicklung des kurdischen Südostens der Türkei, wo überdurch-

33 Bei dem als „Gaza-Flotilla“ bezeichneten Vorfall griff die israelische Marine Ende Mai 2010 eine Flotte mit Hilfsgütern für den Gazastreifen an, welche die Seeblockade durchbrechen wollte. Bei dem Vorfall wurden neun türkische Staatsbürger getötet, eine UN-Sonderkommission untersucht seither den Vorfall.

34 Interview mit US-Offiziellen in Ankara.

35 „US Defence Secretary Gates Blames EU for Turkey ‘Drift’“, in: BBC News Europe, 09.06.2010.

schnittlich viel Armut und Arbeitslosigkeit die Instabilität (sprich den Terrorismus) begünstigt hatten, weiter voranzutreiben. Die US-Hilfen sollten zur internen Stabilität des Landes beitragen und den EU-Beitritt beschleunigen (CBJ 2008). Für das Haushaltsjahr 2009 werden die US-Hilfen u.a. mit der „Leitbildfunktion“ der Türkei begründet: „Turkey can play a leadership role in the region and has served as a model for modernizing nations worldwide“ (CBJ 2009).

Zusätzlich zur Entwicklungshilfe kamen zwischen 2002-2009 die vom State Department finanzierten, aber nicht-ODA-fähigen, Gelder für „Nonproliferation, Anti-Terrorismus, Flüchtlingsbekämpfung“ von knapp 39 Mio. USD sowie von 26,7 Mio. USD für das IMET-Programm zur Weiterbildung ausländischer Offiziere. Auch hier ist ein deutlicher Anstieg der Gelder zum Vergleichszeitraum 1994-2001 auszumachen (US Overseas 2010; CBJ 2010).

Ein genauerer Blick sollte auf die Erhöhung der IMET-Mittel gerichtet werden. Während es in der Begründung der Gelder für das Haushaltsjahr 2003 noch hieß, „IMET training will [...] teach fundamental democratic principles which help strengthen Turkey’s commitment to democracy and human rights“ (CBJ 2003), lautete es für die Jahre 2004-2007, dass die USA lediglich Interesse an einem „well trained, U.S.-oriented Turkish officer corps“ [Hervorheb. d. Verf.] haben, von Demokratie und Menschenrechten war keine Rede mehr (CBJ 2004-2007). Auch in den Folgejahren wurde die „US-Orientierung“ des türkischen Militärs betont (CBJ 2008-2010). Die Erhöhung der IMET-Gelder seit 2002 spiegelt die US-Sorge vor einer „Islamisierung“ bzw. Abwendung des Militärs von den USA wider und bedeutet, dass Washington ein kemalistisches „Gegengewicht“ zur AKP unterstützt.

Die OECD-Datenbank mit ihrer Klassifikation „Government & Zivilgesellschaft“ erlaubt einen präziseren Blick auf die US-Auszahlungen für Demokratisierungsprojekte. Diese betragen zwischen 2005-2009 rund 9,6 Mio. USD (Tabelle 2). Die Analyse ergibt, dass die US-Hilfen auch hier „ausgleichend“ wirken sollten, sprich sie kamen nicht nur dem regierungsnahen „Öffentlichen Sektor“ zugute, sondern v.a. der „Zivilgesellschaft“, also den „Gegenspielern“ der „Ein-Parteien-Herrschaft“ der AKP. Konkret flossen von den insgesamt 9,6 Mio. USD zwischen 2005-2009 rund 2,4 Mio. USD respektive 25% in den „Öffentlichen Sektor“ (v.a. in den Bereich „Public Sector Policy & Administration Management“) und 4,2 Mio. USD, etwa 44%, an die „Zivilgesellschaft“, hier v.a. in den Bereich „Demokratische Partizipation & Zivilgesellschaft“ und „Wahlen“ (Tabelle 2, Kalkulation des Autors; vgl. auch OECD 2010).

Auch die NED steigerte ihre Türkei-Hilfen und bewilligte für 2002-2009 mit 10,4 Mio. USD mehr als doppelt so viel wie im Zeitraum 1994-2001. Seit Mitte der 2000er ist es bei den durchführenden Stiftungen IRI und NDI zu programmatischen Anpassungen gekommen – ihr Fokus liegt nun vermehrt auf der Förderung der politischen Partizipation und der Stärkung der Legislative als Kontrollorgan der Exekutive (NED 2010). In der Stiftungsarbeit fällt auf, dass das republikanische IRI die AKP als „islamistisch“ einstuft (IRI 2002: 15f). Es lehnt eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit ihr und AKP-nahen zivilgesellschaftlichen Organisationen ab und präferiert die Kooperation mit säkularen Parteien und Organisationen. Das NDI hingegen

arbeitet auch mit AKP-Politikern und AKP-nahen Organisationen zusammen, wobei die Leitlinie lautet: Einflussnahme durch Zusammenarbeit.<sup>36</sup>

Zusammenfassend kann für die USA festgehalten werden, dass sie zunächst Flexibilität und Pragmatismus beim Umgang mit der AKP-Regierung demonstrierten. Doch die demokratische Selbstbestimmung der Regierung Erdogan und die dezidierte Verfolgung eigener Interessen in der Innen- und Außenpolitik gefährdete aus Sicht Washingtons zunehmend nationale US-Interessen und führte zum Vertrauensbruch in den bilateralen Beziehungen. Mit dem Verweis auf die „verfassungsrechtlich legitime“ Rolle des Militärs und der Judikative als politische Korrektive unterminierten die USA die demokratische Legitimation der AKP-Regierung. Gleichwohl setzte Washington seine Auslandshilfe und EZ fort, diesmal unkonditioniert. Von Bedeutung war die Absicht, engagiert und involviert zu sein, um nationale Interessen zu schützen. Gleichwohl demonstrieren die US-Auslandshilfen ein „Balancing“: Die Erhöhung der (nicht ODA-fähigen) IMET-Gelder und der ODA für den zivilgesellschaftlichen Sektor kann als Stärkung der „Gegenspieler“ der AKP-Regierung angesehen werden.

### 4.3 Deutsche Perzeptionen und Reaktionen

Der Wahlsieg der AKP im November 2002 wurde auch in Berlin verhalten aufgenommen. Die Rot-Grüne Bundesregierung hoffte auf einen pro-europäischen Kurs der neuen Führung und mehr Demokratie. „Erste Signale“ wurden „mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen“; allerdings müssten noch die Regierungsbildung und das Programm abgewartet werden.<sup>37</sup> Zum Streit in der deutschen Türkeipolitik kam es im Dezember 2002, als der Bundestag über den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei debattierte. In den Parlamentsdebatten glichen sich Regierung und Opposition in ihrer Einschätzung der AKP – allerdings mit unterschiedlichen Implikationen für den Türkei-Beitritt. Bundeskanzler Schröder (SPD) befürwortete die EU-Perspektive Ankaras: „Es sollte Einigkeit darüber bestehen, dass wir ein großes, ein gemeinsames – ich sage: ein nationales – deutsches Interesse daran haben, dass in der Türkei die Kräfte unterstützt werden, die eine säkularisierte Türkei im Sinne ihres Staatsgründers Atatürk wollen und dafür auch einstehen, und dass diese Türkei nicht in den islamischen Fundamentalismus abdriftet. Es gibt auch keinen Streit darüber, dass wir ein nationales Interesse daran haben, dass die Türkei eine immer enger werdende Bindung an den Westen erfährt“ (Schröder 2002). Oppositionsführerin Merkel (CDU) argumentierte eine Woche später ähnlich, kam aber zu einer gegenteiligen Schlussfolgerung: „Zur Wahrheit gehört auch, dass wir die politische Ordnung in der Türkei, die bis heute auf einer erheblichen Rolle des Militärs beruht, damit die Trennung von Religion und Staat überhaupt möglich ist, nicht einfach wegwischen können. Diese steht durchaus im Gegensatz zu der politischen Verfasstheit der Mitgliedsländer der Europäischen Union. Zur Wahrheit gehört auch, dass ein politischer Führer

36 Interviews mit den Stiftungen IRI und NDI.

37 „Reaktionen nach politischer Wende in der Türkei bleiben zurückhaltend“, in: Berliner Morgenpost, 05.11.2002.



wie Herr Erdogan [Anmerkung d. Verf.: Gemeint war offensichtlich Erdogan] in der Türkei jetzt spannende und interessante Wege geht, von denen wir noch nicht wissen, zu welcher politischen Ordnung der Türkei sie einmal führen werden. Deshalb plädieren wir dafür, erst einmal die Vertiefung der Europäischen Union voranzutreiben und die Entwicklung in der Türkei abzuwarten“ (Merkel 2002).

Allerdings überraschte die AKP-Regierung Deutschland mit ihrer (EU-)Reform- und Demokratisierungspolitik, welche nach Ansicht von Bundesaußenminister Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) „Leitbild“-Charakter für andere muslimische Staaten hätte, und leitete einen Perzeptionswandel ein: „Die Regierung Erdogan, die zu Beginn mit viel Skepsis betrachtet wurde, hat in den vergangenen anderthalb Jahren mehr Reformen erreicht, als in den vergangenen Jahrzehnten eingeführt worden waren. Das muss man anerkennen, auch wenn noch viel zu tun bleibt“ (Fischer 2002). Was mit dem „noch viel zu tun bleibt“ gemeint war, thematisierte das Auswärtige Amt in seinen Menschenrechtsberichten. Es mahnte u.a. zwar mehr Bürgerrechte, Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit oder Minderheitenrechte für Christen und Kurden an. Doch auch die Bundesregierung thematisierte nicht die aus Sicht der AKP-Regierung mangelnden Rechte der (sunnitischen) Muslime in der kemalistischen Türkei (AA 2008a; 2005). Obgleich Außenminister Fischer darauf verwiesen hatte, dass gerade die kemalistische Staatsideologie bzw. ihre politischen Parteien in den „vergangenen Jahrzehnten“ kaum zur Demokratisierung des Landes beigetragen haben. Dieser Paradigmenwechsel bzw. Perzeptionswandel ist neu und wurde bereits im Türkei-Länderkonzept des seit 1998 SPD-geführten BMZ deutlich: Darin wurden nicht mehr nur die „Re-Islamisierungstendenzen“ der Vorjahre problematisiert, sondern der Kemalismus als zentrales Demokratisierungshindernis benannt. Dieser wurde als „reformierungsbedürftig“ angesehen, zudem der Status des türkischen Militärs als „nicht vereinbar mit europäischem Demokratieverständnis“ eingestuft (BMZ 2000: 5).

In den bilateralen Beziehungen kam es zu Spannungen, als im Bundestagswahlkampf (2005) der EU-Beitritt der Türkei instrumentalisiert und im Herbst 2005 Merkel Bundeskanzlerin in der Großen Koalition wurde. Zwar gibt es in Deutschland ein parteiübergreifendes Interesse an einer demokratischeren Türkei, allerdings muss daraus aus Sicht der CDU/CSU nicht zwangsläufig eine EU-Vollmitgliedschaft erfolgen. Bundeskanzlerin Merkel setzt sich für „ergebnisoffene“ Beitrittsverhandlungen ein, die Mehrheit der CDU/CSU (und vereinzelt Politiker anderer Couleur) hingegen favorisiert aus geographischen, finanziellen und v.a. kulturalistischen Gründen eine „Privilegierte Partnerschaft“ (Karakas 2005). Doch dieses Beharren auf der kulturell-religiösen Dichotomie – hier das „christlich geprägte Abendland“, dort die „orientalisch-muslimische Türkei“ – erstaunt umso sehr, wenn man bedenkt, dass die AKP auf programmatischer Ebene ausgerechnet zur CDU/CSU die größte Nähe hat und seit einigen Jahren einen Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Dachverband der christdemokratisch-konservativen Parteien in Europa, genießt. Folgerichtig gibt es eine enge Beziehung zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der AKP und AKP-nahen Organisationen.<sup>38</sup> Dass die Politisierung des Türkei-Beitritts die EU-Konditionalitätspolitik kon-

38 Vgl. die Webseite der KAS in der Türkei. Zur EVP vgl.: [www.epp.eu](http://www.epp.eu) (28.12.2010).

terkariert und die deutsche Glaubwürdigkeit, z.B. beim Anmahnen der Rechte der christlichen Minderheit in Anatolien, in Mitleidenschaft zieht, ist eine zentrale Widersprüchlichkeit der deutschen Europa- bzw. Türkeipolitik.

Nichtsdestotrotz kam es dank der AKP-Reformpolitik zu einer im Vergleich zur RP positiveren Wahrnehmung sowie zu einer verstärkten Konfliktsensibilität, wie die deutschen Reaktionen auf den innertürkischen Machtkampf belegen. Die Putschdrohung gegen die AKP-Regierung wurde sowohl von Merkel als auch von Außenminister Steinmeier (SPD) kritisiert, der Wahlsieg der AKP im Sommer 2007 von beiden begrüßt: „Die türkische Bevölkerung hat in demokratischen Wahlen der Regierung von Premierminister Erdogan deutlich ihr Vertrauen ausgesprochen. Auf dieser Grundlage hat die türkische Regierung nun ein starkes Mandat zur Fortsetzung einer Politik der Stabilität und der Reformen“ (AA 2007b; vgl. auch Bundeskanzleramt 2007a, b). Auch die Wahl Güls zum Staatspräsidenten wurde begrüßt; das Verbotungsverfahren gegen die AKP wiederum mit „Unverständnis“ zur Kenntnis genommen: „Die AKP hat unter der Führung von Staatspräsident Gül und Ministerpräsident Erdogan gezeigt, dass sie sich den Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verschrieben hat“ (AA 2007a, 2008b). Interessant ist hier die deutsche Wahrnehmung der AKP-Regierung als Garant von „Stabilität“, während die USA sie als „destabilisierend“ eingestuft haben.

Positiv wurde von deutscher Seite auch die rasante Wirtschaftsentwicklung unter der AKP-Regierung beurteilt. Denn ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik begünstigte eine positive sozio-ökonomische Entwicklung, die deutschen Befürchtungen einer armutsbedingten türkisch-kurdischen Zuwanderung entgegentritt und von der auch Deutschland als wichtiger Außenhandelspartner profitiert. Denn die knapp 4.000 deutschen Unternehmer in der Türkei sehen das Land zunehmend als attraktiven Absatz- und Investitionsstandort sowie als dynamische Wirtschaftsbrücke in den Nahen Osten, Schwarzmeer-Raum und in die zentral-asiatischen Turk-Republiken.<sup>39</sup>

Dennoch kam es seit der zweiten Hälfte 2007 auch in den deutsch-türkischen Beziehungen zu Spannungen. Neben der bereits erwähnten innenpolitischen Autoritarisierung der AKP wurden folgende Handlungen von der Bundesregierung kritisiert: das türkische Erdgas-Geschäft mit dem Iran, weil es durch Ankara zu einer „eigenmächtigen“ Einbindung Teherans in die trans-europäische Nabucco-Pipeline gekommen sein soll;<sup>40</sup> der Auftritt von Premierminister Erdogan in Köln Anfang 2008, als er türkischstämmigen Migranten empfahl, sich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht „assimilieren“ zu lassen; die Intervention im Nord-Irak zwecks Bekämpfung der PKK aus Sorge vor einem erneuten „Überschwappen“ innertürkischer Konflikte nach Deutschland; sowie der Spenden-Skandal der AKP-nahen Hilfsorganisa-

39 Interview mit der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer (DTR-IHK).

40 „Iranisches Erdgas für die Türkei. Wirtschaftliche Notwendigkeit mit politischen Hintergedanken“, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.09.2007.

tion „Deniz Feneri“, die zwischen 2002 und 2007 über 40 Mio. Euro von türkischstämmigen Migranten in Deutschland eingesammelt und einen großen Teil davon veruntreut haben soll.<sup>41</sup>

Das gewachsene Selbstbewusstsein in der türkischen Außenpolitik stuft die seit 2009 regierende Schwarz-Gelbe Regierungskoalition als „janusköpfig“ ein. Einerseits sieht die Bundesregierung „lieber die Türkei in einer Führungsrolle im Nahen Osten als den Iran“, andererseits die „Angriffe“ von Premierminister Erdogan auf Israel „sehr kritisch“. Die Instrumentalisierung der Kandidatur Rasmussens für das Amt des NATO-Generalsekretärs war ein „unerwarteter und neuer Akzent“ und das brasilianisch-türkische „Nein“ zu den Iran-Sanktionen „schockte“ die Bundeskanzlerin.<sup>42</sup> Gleichzeitig aber lobte Außenminister Westerwelle (FDP) die jüngsten Verfassungsreformen, auch wenn er sybillinisch anmerkt, dass „die konkrete Ausgestaltung der Machtbalance im Staat sicher noch nicht beendet“ ist (AA 2010).

Welche Reaktionen sind mit Blick auf die deutsche EZ zu verzeichnen? Trotz der Skepsis gegenüber der AKP-Regierung liefen die ODA-Auszahlungen Berlins weitgehend konstant weiter. Auch in den 2000ern war Deutschland ein wichtiger Geber der Türkei und gewährte im Wirkungszeitraum der AKP, also zwischen 2002-2009, ODA-Auszahlungen von rund 966 Mio. USD (Tabelle 1).<sup>43</sup> Neben seinen Direktzahlungen finanzierte Deutschland indirekt als größter „EU-Nettozahler“ anteilig rund 20% der EU-Heranzuführungshilfen von rund eine Mrd. Euro pro Jahr für die Türkei.

Neben seiner primär entwicklungsorientierten Arbeit regte das BMZ nach den Anschlägen des 11. September einen demokratiefördernden Dialog mit der islamischen Welt an. Dies sollte auch im Falle der Türkei nicht nur über Finanztransfers, sondern v.a. über einen interkulturellen Dialog erfolgen.<sup>44</sup> Der seit Ende 2001 von der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Ankara geführte „Dialog mit der islamisch geprägten Welt“ trägt dieser neuen Konfliktsensibilität Rechnung und ist eine interessante Neuerung in der deutsch-türkischen EZ. Hierbei werden z.B. Sprachkurse für türkische Imame angeboten, die nach Deutschland entsendet werden. Dabei werden aber nicht nur Deutschkenntnisse vermittelt, sondern auch Lehrinhalte zur (untergeordneten) Rolle der Religion in einer Demokratie und zu Islamismus und Integrationsfragen in Deutschland. Diese Maßnahme kann als indirekte Demokratieförderung angesehen werden und verdeutlicht die besondere Innen-Außen-Reziprozität in den bilateralen Beziehungen.<sup>45</sup> Des Weiteren wurde im Rahmen des interkulturellen Dialogs 2006 die Ernst-Reuter-Initiative (ERI) ins Leben gerufen. Sie war die deutsch-türkische „Antwort“ auf die „Mohammed“-Karikaturen und soll über bilaterale Projekte Grundwerte wie Toleranz und

41 „Spendenbetrug für die islamische Sache“, in: Frankfurter Rundschau, 18.09.2008.

42 Interview mit Vertretern der Bundesregierung.

43 Die Verringerung von über 400 Mio. USD zum Vergleichszeitraum 1994-2001 kann mit dem Auslaufen der deutschen ODA und dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei erklärt werden.

44 „Auf dem islamischen Auge blind – Deutsche Entwicklungspolitik muss umdenken/Interkultureller Dialog“, in: FAZ, 17.11.2001.

45 Interview mit der Deutschen Botschaft Ankara.

Religionsfreiheit vermitteln.<sup>46</sup> Auch der federführend von Bundesinnenminister Schäuble (CDU) initiierte nationale „Integrationsgipfel“ und die „Deutsche Islam Konferenz“ sowie die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit in Fragen der inneren Sicherheit sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert (Deutsche Botschaft Ankara 2009).<sup>47</sup>

Ein näherer Blick auf die deutsche ODA offenbart, dass zwischen 2005-2009 die Auszahlungen für Projekte im Bereich „Government & Zivilgesellschaft“ rund 23,8 Mio. USD betragen. Doch anders als im Falle der USA, floss der Großteil der deutschen ODA mit 11,7 Mio. USD oder 49% in den „Öffentlichen Sektor“ und mit 7,9 Mio. respektive 33% an die „Zivilgesellschaft“ (Tabelle 2). Damit wird die traditionell deutsche EZ-Orientierung auf eine Top-Down-Förderung, sprich Demokratisierung „von oben“ bzw. über den öffentlichen Sektor, bekräftigt. Allerdings wurden in den vergangenen Jahren nicht nur die „Public Sector Policy & Administration Management“ gestärkt, sondern zunehmend ebenso die Korrektive der Politik, sprich „Demokratische Partizipation & Zivilgesellschaft“, „Justizentwicklung“ und „Meinungs- und Pressefreiheit“ (OECD 2010; vgl. auch BMJ 2007; Deutsche Botschaft Ankara 2009). Auch hier lässt sich eine verstärkte Konfliktsensibilität in der deutschen EZ ausmachen.

Erwähnenswert ist noch die Arbeit der politischen Stiftungen – diese sorgte 2002/2003 für Turbulenzen in den bilateralen Beziehungen. In einer nationalistisch motivierten Klage der türkischen Justiz wurden sie verdächtigt, für den deutschen Staat zu spionieren und die territoriale und gesellschaftspolitische Einheit des türkischen Staates zu untergraben. Zwar wurde Ende 2003 die Klage aus Mangel an Beweisen fallen gelassen, dennoch erhöhten sich in der Folgezeit die bürokratischen Auflagen für die (nicht nur deutschen) Stiftungen und erschwerten seither deren politische Bildungsarbeit.<sup>48</sup> Auch wenn die deutschen Stiftungen bisweilen mit Misstrauen auf türkischer Seite zu kämpfen haben, waren sie in den 2000ern genauso aktiv wie in den 1990ern. Die BMZ-Bewilligungen an die Stiftungen betragen von 2002-2009 über 24,1 Mio. Euro, im Vergleichszeitraum 1994-2001 waren es 18,4 Mio. Euro (Tabelle 4). Ein näherer Blick auf die Stiftungsarbeit zeigt, dass es vereinzelt zu Anpassungen im Wirkungszeitraum der AKP gekommen ist. Interessanterweise gibt es die größte Varianz zwischen der christdemokratischen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) – die Mutterparteien FDP und CDU/CSU stellen seit 2009 bekanntlich die Bundesregierung. Die KAS hat aufgrund der „gemeinsamen religiös-konservativen Wertebasis“ von allen deutschen Stiftungen die engsten Kontakte zur AKP und AKP-nahen zivilgesellschaftlichen Organisationen, allerdings ist es in den letzten Jahren zu einer Abkühlung der Beziehungen gekommen, v.a. wegen der massiven Israel-Kritik durch die AKP-Regierung. Auch die FNF stuft die AKP als „islamisch-konservativ“ ein, arbeitet aber aufgrund dieser politisch-ideologischen Ausrichtung weder institutionell noch strukturell mit ihr bzw. ihren Un-

46 Weitere Informationen zur ERI gibt es online unter: [www.ernst-reuter-initiative.de](http://www.ernst-reuter-initiative.de) (28.12.2010).

47 Mit Blick auf die innere Sicherheit ist auch das Anfang 2005 erlassene bundesweite Verbot des türkischen Verlags Yeni Akit und seiner radikal-islamistischen Zeitung „Anadolu’da Vakit“ wegen „systematischer Volksverhetzung“ erwähnenswert. Vgl. „Schily verbietet türkischen Zeitungsverlag“, in: Rheinische Post Online, 25.02.2005.

48 „Kein Verfahren wegen deutscher Stiftungen“, in: FAZ, 31.12.2003.

terorganisationen zusammen – was jedoch „einzelne Kontakte, Einladungen und eine Zusammenarbeit mit Repräsentanten der AKP nicht ausschließt“. Allgemein plädiert die FNF für eine strikte Trennung von Staat und Religion, ihre Arbeit in der Türkei konzentriert sich auf säkulare Kooperationspartner und zunehmend auf Projekte zum Thema „Säkularismus als wesentlicher Bestandteil einer liberalen Demokratieordnung“. Die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und die grüne Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) pflegen einen sachorientierten Umgang mit der AKP. Sie betreiben zwar keine direkte Regierungsberatung, es kommt aber vereinzelt zur Zusammenarbeit mit AKP-nahen Personen und Organisationen.<sup>49</sup>

Zusammenfassend kann für Deutschland konstatiert werden, dass die Wahrnehmung der AKP-Regierung, trotz aller Kritik an der türkischen Innen- und Außenpolitik, sich auf deutscher Seite insgesamt positiver gestaltete als bei den USA. Zudem wurde die kemalistische Ideologie als problematisch für eine tiefgreifende Demokratisierung des Landes empfunden. Die Putschdrohungen und das Parteiverbotsverfahren wurden von Deutschland kritisiert, die AKP-Regierung als Garant für Stabilität und Demokratie bezeichnet. Berlin war auch in den 2000ern ein wichtiger Geber und untermauerte sein Interesse, aufgrund der besonderen Innen-Außen-Reziprozität der bilateralen Beziehungen selbst Einfluss auf den Demokratisierungsprozess zu nehmen. Dabei ist eine verstärkte Konfliktsensibilität bemerkbar. Gleichwohl trug auch Deutschland durch die permanente Politisierung der EU-Beitrittsverhandlungen dazu bei, dass in den letzten Jahren der Demokratisierungsprozess in der Türkei zum Stagnieren gekommen ist und die EU-Konditionalitätspolitik geschwächt wurde.

## 5. Schlussfolgerungen

Die Regierungsübernahmen durch die RP und AKP sind Ergebnis und Zeichen einer erfolgreichen Demokratisierung der Türkei. Gleichwohl gestaltet sich die Transformation der Demokratie in eine „post-kemalistische“ Ära v.a. durch die seit 2002 allein regierende AKP widersprüchlich und ergebnisoffen. Die Komplexität dieses Transformationsprozesses erschwert zweifelsohne den „richtigen“ außen- und entwicklungspolitischen Umgang der USA und Deutschlands mit der Türkei. Offiziell dominiert auf Geberseite der Wunsch nach einer säkular-demokratischen und pro-westlichen Orientierung des Landes. Tatsächlich verfolgen beide Geberstaaten abweichende Interessen in ihrer Türkeipolitik, woraus unterschiedliche Implikationen folgen.

Der US-amerikanische Umgang mit dem politischen Islam und der kemalistischen Staatselite ist seit den 1990ern sowohl von Kontinuität als auch von Wandel gekennzeichnet. Um geostrategische Interessen zu wahren, suchten die USA zunächst eine nicht-ideologische bzw. pragmatische Zusammenarbeit mit den demokratisch gewählten RP- und AKP-Regierungen. Doch die Verfolgung klientelistischer und auch nationaler Interessen in der türkischen Innen- und Außenpolitik v.a. der Regierung Erdogan hatte einen Streit und Vertrauensbruch mit der

49 Interviews mit den Stiftungen.

türkischen Regierung zur Folge. Ein Wandel hingegen ist feststellbar bei der Fortsetzung der Auslandshilfe und EZ. Die ODA lief Ende der 1990er nicht planmäßig aus, sondern wurde im Zuge der Anschläge des 11. Septembers und des Irak-Krieges verlängert, diesmal – anders als noch als in den 1990ern – ohne Auflagen vom Kongress zu Demokratie und Menschenrechten. Für die USA war es wichtig, in der Türkei engagiert zu sein, um nationale Interessen zu schützen. Gleichwohl weisen die US-Auslandshilfen gerade im Wirkungszeitraum der AKP ein „Balancing“ auf: Die Erhöhung der (nicht ODA-fähigen) IMET-Gelder für das Militär und der ODA für den zivilgesellschaftlichen Sektor sollen die „Gegengewichte“ der AKP-Regierung stärken. Allerdings verkennt der v.a. von der Bush-Administration vorgetragene Vorwurf einer „Islamisierung“ der türkischen Innen- und Außenpolitik zweierlei: (a) Über viele Jahrzehnte wurde der Kemalismus in der Türkei als ein administratives Mittel zur Durchsetzung eines elitären Zivilisationsprojektes wahrgenommen. Die Integration des politischen Islams in das parlamentarische System jedoch weitet die soziale und politische Legitimität des (kemalistischen) Staates aus, indem Demokratie als ein partizipatorisches Element zur Durchsetzung eigener Interessen wahrgenommen und dadurch eine Absplitterung oder Radikalisierung religiöser Gruppen verhindert wird. (b) Seit dem Ende des Kalten Krieges befindet sich die Türkei in einem Emanzipationsprozess, der dem parteiübergreifenden Wunsch Rechnung trägt, eigene Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen zu vertreten und keine Schachfigur mehr auf dem „Grand Chessboard“ (nach Zbigniew Brzezinski) der USA zu sein. Larrabee (2008: vii) folgert daraus zutreffend, dass trotz gemeinsamer Absichtserklärungen, die Türkei in Zukunft ein „increasingly less-predictable and more-difficult ally“ sein wird. Dass die USA die Putschdrohungen und Parteiverbotsverfahren gegen die RP und v.a. gegen die AKP kritiklos hingenommen haben, resultiert daraus, dass sie die kemalistische Staatselite (wieder) als diejenige politische Kraft ansehen, welche am ehesten den eigenen geostrategischen Interessen gerecht wird, d.h. der Beibehaltung der pro-westlichen Orientierung der Türkei und ihres säkularen Charakters. Mit dem regelmäßigen Verweis auf den Konstitutionalismus, sprich die Türkei solle ihre Probleme zwar ohne „harten“ Putsch, aber im Rahmen ihrer (Militär-)Verfassung lösen, wurde die omnipotente Rolle der kemalistischen Sicherungsinstitutionen Militär und Judikative gut geheißt. Doch damit haben die USA nicht nur das demokratische Selbstbestimmungsrecht der AKP-Regierung geschwächt, sondern auch ihr eigenes Demokratisierungspostulat diskreditiert. Carothers (2003: 94) weist auf die Gefahren einer solchen Politik hin: „If democracy promotion is reduced to an instrumental strategy for producing political outcomes favorable to U.S. interests, the value and legitimacy of the concepts will be lost.“ Bei der viel zitierten „Leitbild“-Rolle der Türkei für andere muslimische Staaten ist zudem deutlich geworden, dass die USA darunter v.a. die Subordination der Volkssouveränität, also der *people power*, unter die autoritär-kemalistische Staatsräson, die *state power*, verstehen. Damit haben die USA den Zielkonflikt, ob die Türkei ein „pivotal state“, sprich ein „Schlüsselstaat“ bzw. „Instrument“ zur Durchsetzung eigener geostrategischer Interessen, oder ein normatives „Modell“ für die islamische Welt ist, zugunsten des „pivots“ entschieden (Lesser 2007: 25f). Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass von US-Seite beim Umgang mit islamisch bis islamistischen Regierungsparteien nicht zu einer Förderung, sondern Unterminierung der türkischen Demokratie gekommen ist.

Beim Umgang Deutschlands mit dem politischen Islam und der kemalistischen Staatselite ist zwar auch Kontinuität und Wandel feststellbar, allerdings gestalten sich diese anders als im Falle

der USA: Der Wandel auf deutscher Seite bezieht sich auf die (im Vergleich zur RP) positivere Wahrnehmung und Unterstützung der AKP im innertürkischen Machtkampf, die Kontinuität auf das sukzessive und planmäßige Zurückfahren der deutschen EZ aufgrund der positiven sozio-ökonomischen Entwicklung der Türkei und des Beginns der EU-Beitrittsverhandlungen. Berlins Umgang v.a. mit der AKP ist geprägt durch eine Strategie der Mäßigung durch Einbindung. Die weitgehend unkonditionierte Gewährung der ODA sowohl während der RP- als auch AKP-Regierungszeit ist der besonderen Innen-Außen-Reziprozität der bilateralen Beziehungen geschuldet, d.h. der deutsche Wunsch, Einfluss auf den Demokratisierungsprozess in der Türkei zu nehmen, ist eng mit dem nationalen Interesse nach innergesellschaftlichem Frieden und innerer Sicherheit in Deutschland verknüpft. Zudem ist seit den 2000ern auf deutscher Seite eine verstärkte Konfliktsensibilität auszumachen, die zu Anpassungen in der deutschen Innen- und Justizpolitik sowie EZ geführt hat. Konkret mit Blick auf Demokratieförderung ist auf deutscher Seite eine Politik des begrenzten „Ausbalancierens“ gegenüber der türkischen Regierung feststellbar, wobei vorrangig der öffentliche Sektor gefördert wurde. Zudem ist auffällig, dass die deutsche Wahrnehmung der AKP, bis zu ihrer Autoritarisierung, sich von jener der USA unterscheidet und weitgehend positiv war. Im Machtkampf mit den Kemalisten wurde sie – anders als im Falle der RP – als Garant für Stabilität und Demokratie bezeichnet und unterstützt. Diese Unterstützung geht auf folgende Faktoren zurück: (a) Auf deutscher Seite ist es zu einem Paradigmenwandel gekommen, in dem die kemalistische Staatsideologie als wenig demokratisch und reformierungsfähig angesehen wird; (b) die AKP ist mehrmals demokratisch gewählt und legitimiert worden und genießt eine breite Unterstützung in der türkischen Bevölkerung; (c) die „Zivilmacht“ Deutschland respektiert die demokratische Selbstbestimmung des Partnerlandes Türkei. Des Weiteren wird die AKP als diejenige politische Kraft angesehen, welche den eigenen nationalen Interessen am ehesten gerecht wird. Da ist zuallererst die Demokratisierung, aber auch die wirtschaftliche Stabilisierung der Türkei – diese tritt nicht nur deutschen Befürchtungen einer armutsbedingten Zuwanderung entgegen, sondern von ihr profitiert auch die globale Exportnation Deutschland. Das primär von der Rot-Grünen Bundesregierung geprägte „Leitbild“-Verständnis der Türkei fußt auf der politisch-ideologischen Mäßigung bzw. Transformation von der RP zur AKP und ihrer pro-europäischen Haltung. Des Weiteren fällt ins Auge, dass Deutschland, im Gegensatz zu den USA, prinzipiell der „neuen“ aktiven Außenpolitik Ankaras aufgeschlossener gegenübersteht. Gleichwohl gibt es auch Widersprüchlichkeiten auf deutscher Seite. Mit der parteipolitischen Politisierung des EU-Beitritts der Türkei und der jahrelangen Diskussion um die „Privilegierte Partnerschaft“ ist Deutschland mitverantwortlich, dass der EU-Reform- und Demokratisierungsprozess sich verlangsamt hat und Ankara sich nach „verlässlicheren“ politischen Partnern umschaute. Dabei folgt die kulturalistische Argumentation gegen den Türkei-Beitritt dem rationalistischen, aber in einer Demokratie zulässigen Kalkül, die seit den Anschlägen des 11. September wachsende Islamophobie in der deutschen Bevölkerung in den komparativen Vorteil einer Wählermobilisierung umzumünzen (Schoen 2008; Leibold/Kühnel 2006). Auch die Sorge, dass im Falle eines Beitritts türkische Staatsbürger in Deutschland das Recht bekämen, bei Kommunalwahlen teilzunehmen und womöglich mehrheitlich die „rot-grünen“

Parteien wählen, ist hierbei virulent.<sup>50</sup> Dass bei alledem die weltweit stärkste Demokratisierungsnorm, die EU-Konditionalitätspolitik, sowie die deutsche Glaubwürdigkeit beim Annehmen von Demokratie und Menschenrechten in der Türkei konterkariert und zugleich anti-deutsche Ressentiments – auch in der Diaspora in Deutschland – geschürt werden, ist eine zentrale Widersprüchlichkeit der deutschen Europa- bzw. Türkeipolitik.

Im Ergebnis ist deutlich geworden, dass sich Deutschland, von den negativen Auswirkungen des Streits um den Türkei-Beitritt abgesehen, im bilateralen Verhältnis deutlich stärker an Demokratieförderung orientiert als die USA. Zudem ist deutlich geworden, dass sowohl die USA als auch Deutschland pragmatisch agieren und diejenige politische Kraft in der Türkei unterstützen, die zur Verwirklichung der jeweils eigenen Interessen am ehesten in der Lage ist. Des Weiteren wurde aufgezeigt, dass es in der Türkei sowohl zu einer qualitativen Vertiefung der Demokratie als auch zu einer Perpetuierung der systemimmanenten Demokratiedefekte kommt. Dieses Paradoxon ist zwar vorrangig auf endogene Bestimmungsfaktoren zurückzuführen, wird aber durch die widersprüchliche Außenpolitik und EZ Deutschlands und insbesondere der USA begünstigt.

## **6. Implikationen für „westliche“ Demokratieförderer in der Türkei (und in anderen muslimischen Ländern)**

Das Erstarken islamisch bis islamistischer Parteien und Eliten schürt – nicht nur in der Türkei – häufig Konflikte und Ängste. „Westliche“ Geberstaaten sollten in der Türkei, aber auch in anderen muslimischen Empfängerländern, nicht voreilig eine Dichotomie zwischen den Stereotypen „gut, weil säkular und westlich“ und „schlecht, weil islamistisch und anti-westlich“ vornehmen. Wie das Beispiel Türkei zeigt, ist das nicht nur schwierig, sondern kann auch zu Dilemmata und widersprüchlichen Reaktionen bei den Geberländern führen: Haben das kemalistische Militär mit seinen Putschen/Putschdrohungen und die Judikative mit ihren Parteiverboten/Parteiverbotsverfahren die türkische Demokratie gerettet oder beschädigt? Fördert die 10%-Wahlhürde politische Stabilität oder Ausgrenzung? Ist das Kopftuch ein „antilaizistisches islamistisches Symbol“ oder ebnet es in einer patriarchalisch dominierten Gesellschaft den Zugang von Frauen in den öffentlichen Raum und zu Bildung? Für die Geber ist es daher wichtig, das eigene Demokratieverständnis, aber auch das von den säkularen und pro-islamischen Eliten im Partnerland zu hinterfragen. Das Beispiel Türkei belegt die Notwendigkeit, aber auch Komplexität eines solchen Anliegens. So haben kemalistische und muslimische Eliten jeweils ein eigenes Demokratieverständnis beim Thema „Kopftuch“: Die AKP argumentiert, dass jede Frau das Recht haben sollte, sich zu kleiden, wie sie will, d.h. das Tragen des Kopftuches wird als ein „Grundrecht“ verteidigt. Anders dagegen die Position der kemalistischen Staatselite: Sie stuft im Rahmen ihres Interpretationsmonopols über den sunnitischen

50 Interview mit einem CDU-MdB.



Glauben das islamische Kopftuch (türban) als anti-laizistisches politisches Symbol ein. Zudem verweist sie darauf, dass es nicht nur ein Recht *auf* Religion gibt, sondern auch ein Recht auf Freiheit *von* der Religion. Die „westlichen“ Geber sind in dieser Frage (nicht nur in der Türkei) mit dem Zielkonflikt „Schutz vor Islamisierung vs. Religionsfreiheit für Muslime“ und allgemein mit der Frage konfrontiert, wie viel sichtbare Religion ein laizistischer (muslimischer) Rechtsstaat akzeptieren *kann* und wie viel Religionsfreiheit eine (islamische) Demokratie gewähren *muss*. Zu einem Glaubwürdigkeitsverlust kam es aus Sicht der AKP-Regierung, als die beiden Geber USA und Deutschland zwar zu Recht auf die unzureichenden kulturellen Rechte der Kurden oder die mangelnde Religionsfreiheit für Christen hingewiesen haben, doch es gleichzeitig vermieden, sich für die Rechte der Muslime im kemalistischen System einzusetzen. Diese Haltung spiegelt die Unsicherheit vieler „westlicher“ Geber beim Umgang mit dem Islam und islamischen Symbolen im öffentlichen Raum wider.

Glaubwürdigkeitsverluste entstehen auch, wenn es in Geberstaaten zu einer Diskriminierung der eigenen muslimischen Minderheit (z.B. Kopftuch-Verbot für Lehrerinnen, Verschärfung des Einbürgerungs- oder Zuwanderungsrecht, etc.) kommt. Seit den Terroranschlägen des 11. September ist eine wachsende Islamophobie in einigen „westlichen“ Staaten (darunter auch USA und Deutschland) bemerkbar, die nicht nur berechtigte Fragen nach der sozialen Integrationswilligkeit bestimmter Gruppen von Muslimen in der Diaspora aufwirft, sondern politisch instrumentalisiert wird (z.B. Minarett-Verbot in der Schweiz). Auch diese Faktoren könnten die Demokratisierungsarbeit der Geber erschweren und den Vorwurf der „Doppelstandards“ in Demokratie- und Menschenrechtsfragen virulent machen.

Auch sollten westliche Geber bei einer vorschnellen Partnerwahl sowohl in der Türkei als auch in anderen muslimischen Ländern vorsichtig sein. Um ihrer Glaubwürdigkeit willen, sollten sie das Ergebnis demokratischer Wahlen respektieren. Insbesondere dann, wenn große Volksparteien oder Sammlungsbewegungen (wie die AKP) islamische Themen aufgreifen, um diese nicht (radikal-)islamistischen Splittergruppen zu überlassen. Die Parteinahme der USA für die Kemalisten und ihr Verweis auf den Konstitutionalismus sind insoweit problematisch gewesen, als dass die türkische Verfassung selber in großen Teilen undemokratisch ist. Das Ergebnis war ein wachsender Anti-Amerikanismus in der Türkei, der nicht nur die bilateralen Beziehungen verkomplizierte, sondern auch die Umsetzung der Demokratisierungsprojekte der US-Behörden und -Stiftungen erschwerte.

Die meisten „westlichen“ Geberstaaten (auch die USA und Deutschland) betreiben Außenhandel oder Sicherheitskooperationen mit autoritären Regimen zwecks Wahrung nationaler Interessen. Die Türkei, aber auch viele andere muslimische Partnerländer, sind arm an Rohstoffen, gekennzeichnet von hoher Arbeitslosigkeit oder bedroht von Terrorismus. Ihre Außenhandels- und Sicherheitsabkommen mit autoritären Staaten sollten von den Gebern daher nicht *a priori* als Abkehr vom „Westen“ verstanden werden. Sie dienen dem legitimen Zweck, eigene staatliche Interessen (Wohlfahrt, Sicherheit) zu wahren.

## Literatur

- Akinci, Ugur* 1999: The Welfare Party's Municipal Track Record. Evaluating Islamist Municipal Activism in Turkey, in: *Middle East Journal*, Jg. 53, Nr. 1, S. 75-94.
- Albright, Madeleine* 1997: Statement before the Subcommittee on Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs, 12.02.1997.
- Anderson, Elizabeth* 2004: The Impact of Foreign Relations on Human Rights in Turkey, in: Lenore G. Martin/Dimitris Keridis (Hrsg.), *The Future of Turkish Foreign Policy*, Cambridge MA, S. 315-320.
- AA (Auswärtiges Amt) 2010: Pressemitteilung „Bundesaußenminister Westerwelle begrüßt Erfolg des Verfassungsreferendums in der Türkei“, 12.09.2010.
- AA 2008a: Achter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, Berichtszeitraum: 1. März 2005-29. Februar 2008.
- AA 2008b: Pressemeldung „Bundesregierung kritisiert Verbotsverfahren gegen türkische Regierungspartei AKP“, 17.03.2008.
- AA 2007a: Pressemeldung „Bundesminister Steinmeier gratuliert dem Präsidenten der Republik Türkei zu seiner Wahl“, 28.08.2007.
- AA 2007b: Pressemeldung Bundesminister Steinmeier zum Ausgang der Wahlen in der Türkei, 23.07.2007.
- AA 2005: Siebter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, Berichtszeitraum: 1. April 2002-28. Februar 2005.
- AA 1998: Erklärung der Europäischen Union zum Verbot der Refah-Partei in der Türkei, 22.01.1998.
- Barkey, Henri J.* 2009: *Preventing Conflict over Kurdistan*, Carnegie Endowment for International Peace, Washington DC.
- BMZ 2009: Brückenschlag zwischen Europa und Asien. 50 Jahre Entwicklungszusammenarbeit Deutschland – Türkei, Materialie 198, Bonn.
- BMZ diverse: Länderkonzept Türkei, Bonn.
- BMJ 2007: Bundesministerium der Justiz, Pressemeldung „Deutschland und Türkei zeichnen Vereinbarung zur justiziellen Zusammenarbeit“, Berlin, 21.02.2007.
- Boyer, Spencer P./Brian Katulis* 2008: *The Neglected Alliance. Restoring U.S.–Turkish Relations to Meet 21st Century Challenges*, Washington DC.
- Brzezinski, Zbigniew* 2000: *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Frankfurt/M.
- Bundeskanzleramt 2007a: Merkel gratuliert Erdogan zum Wahlsieg, 23.07.2007.
- Bundeskanzleramt 2007b: Glückwunschsreiben der Bundeskanzlerin an den türkischen Präsidenten, 28.08.2007.
- Callaway, Rhonda L./Elizabeth G. Matthews* 2008: *Strategic US Foreign Assistance. The Battle Between Human Rights and National Security*, Hampshire.
- Carothers, Thomas* 2003: Promoting Democracy and Fighting Terror, in: *Foreign Affairs*, Jg. 81, Nr. 1, S. 84-97.
- CBJ diverse: Congressional Budget Justification on Foreign Operations, State Department, Washington DC.
- Dagi, Ihsan* 2008: *Turkey Between Democracy and Militarism*, Ankara.
- Davutoglu, Ahmet* 2005: *Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu*, Istanbul.
- Deutsche Botschaft Ankara* 2010: Status Wirtschaftlicher Zusammenarbeit in 2008, [www.ankara.diplo.de/Vertretung/ankara/de/05\\_\\_Wirtschaft\\_\\_WZ/Wirtschaft.html](http://www.ankara.diplo.de/Vertretung/ankara/de/05__Wirtschaft__WZ/Wirtschaft.html) (28.12.2010).
- Deutsche Botschaft Ankara* 2009: Pressemitteilung „Deutsche Justizministerin zu Besuch in der Türkei“, Nr. 4, 23.02.2009.
- DTR-IHK 2010: Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer (DTR-IHK), [www.dtr-ihk.de](http://www.dtr-ihk.de) (28.12.2010).
- Esposito, John L.* 2004: *Islamic World. Past and Present*, Oxford.
- EU Kommission 2010: Turkey 2010 Progress Report, SEC(2010)1327, Brüssel.

- Fischer, Joschka* 2003: Rede, Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, 78. Sitzung, 26.11.2003, S. 6772.
- Giragosian, Richard* 2009: Changing Armenia-Turkish Relations, Fokus Südkaukasus Nr. 1/09, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Göle, Nilüfer* 1996: The Forbidden Modern. Civilization and Veiling, Ann Arbor MI.
- Gresh, Alain* 1998: Turkish-Israeli-Syrian Relations and their Impact on the Middle East, in: The Middle East Journal, Jg. 52, Nr. 2, S. 188-203.
- GTAI* 2010: Germany Trade and Invest (GTAI), Wirtschaftsdaten kompakt: Türkei, [www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage\\_7707.pdf?show=true](http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7707.pdf?show=true) (28.12.2010).
- IRI* 2002: International Republican Institute (IRI), Annual Report 2002, Washington DC.
- Isyar, Ömer Göksal* 2005: An Analysis of Turkish-American Relations from 1945 to 2004, in: Alternatives. Turkish Journal of International Relations, Jg. 4, Nr. 3, S. 21-52.
- Jenkins, Gareth* 2009: Between Fact and Fantasy. Turkey's Ergenekon Investigation, Silk Road Paper, August 2009, Washington DC.
- Jung, Dietrich* 2001: Das Primat der Militärs. Eine historisch soziologische Analyse der politischen Rolle der türkischen Armee, in: Zeitschrift für Türkeistudien, Jg. 14, Nr. 1-2, S. 69-95.
- Kapsis, James E.* 2006: The Failure of U.S.-Turkish Pre-Iraq War Negotiations: An Overconfident United States, Political Mismanagement, and a Conflicted Military, in: Middle East Review of International Affairs, Jg. 10, Nr. 3, S. 33-45.
- Karakas, Cemal* 2008: Die AKP – Aufstieg, Wirken und Beinahe-Verbot einer türkischen Partei, in: Welt Trends. Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 62, S. 49-55.
- Karakas, Cemal* 2007: Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, HSFK-Report Nr. 1, Frankfurt/M.
- Karakas, Cemal* 2005: Abgestuft integrieren statt privilegiert ausgrenzen. Zum mühsamen Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, in: Zeitschrift für Türkeistudien, Jg. 18, Nr. 1/2, S. 79-103.
- Kinzer, Stephen* 2003: The Quiet Revolution, in: The American Prospect, Jg. 14, Nr. 11, S. 11-13.
- Kramer, Heinz* 2007: Türkei, in: Siegmund Schmidt et al. (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden, S. 482-493.
- Kramer, Heinz* 2004a: German Policy toward Turkey under the Red-Green Coalition Government (1998-2003), in: Ankara Foreign Policy Institute (Hrsg.), Contemporary Issues in International Politics, S. 89-103.
- Kramer, Heinz* 2004b: Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, in: Südost-europa Mitteilungen, Jg. 44, Nr. 1, S. 30-43.
- Kramer, Heinz* 1998: Gesellschaftliche Strukturen deutscher Türkeipolitik. Die Integration des türkischen/kurdischen Bevölkerungsteils im Spannungsfeld von Innen- und Außenpolitik, in: Politische Studien, Sonderheft Jg. 1/98, S. 75-91.
- Larrabee, F. Stephen* 2008: Turkey as a U.S. Security Partner, RAND Project Air Force, Washington DC.
- Leggewie, Claus* (Hrsg.) 2004: Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt/M.
- Leibold, Jürgen/Steffen Kühnel* 2006: Islamophobie. Differenzierung tut Not, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/M., S. 135-155.
- Lesser, Ian O.* 2007: Beyond Suspicion. Rethinking US-Turkish Relations, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington DC.
- Lombardi, Ben* 1997: Turkey – The Return of the Reluctant Generals?, in: Political Science Quarterly, Jg. 112, Nr. 2, Summer 1997, S. 191-215.
- Makovsky, Alan* 1999: Turkey, in: Robert S. Chase et al. (Hrsg.), The Pivotal States: A New Framework for and U.S. Policy in the Developing World, New York, S. 88-119.
- Makovsky, Alan* 1997: How to Deal with Erdogan, in: Middle East Quarterly, Jg. 4, Nr. 1, S. 3-8.
- Merkel, Angela* 2002: Rede, Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, 16. Sitzung, 19.12.2002, S. 1190.

- Momani, Besma* 2006/07: IMF Surveillance and America's Turkish Delight, in: Perspectives, Nr. 27, Winter 2006/07, S. 5-24.
- NED diverse*: National Endowment for Democracy (NED), Annual Yearbooks, www.ned.org (28.12.2010).
- Nuscheler, Franz* 1996: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn.
- OECD* 2010: Datenbank Qwids, <http://stats.oecd.org/qwids/> (28.12.2010).
- Özel, Soli* 2003: Turkey at the Polls. After the Tsunami, in: Journal of Democracy, Jg. 14, Nr. 2, S. 80-94.
- Parla, Taha* 1991: Die Grundfunktionen des Staates in der Türkei 1920-1990, in: Rémy Leveau/Werner Ruf (Hrsg.), Inner- und intergesellschaftliche Prozesse am Beispiel Algerien, Türkei, Deutschland und Frankreich, Münster, S. 95-106.
- Pratt Ewing, Katherine* 2003: Living Islam in the Diaspora. Between Turkey and Germany, in: The South Atlantic Quarterly, Jg. 102, Nr. 2-3, S. 405-431.
- Refflinghaus, Alexander* 2001: Die deutsche Türkeipolitik und das Kurdenproblem in der Regierungszeit Helmut Kohls, 1982 bis 1998, in: Zeitschrift für Türkeistudien, Jg. 14, Nr. 1+2, S. 49-67.
- Riemer, Andrea K.* 2006: Strategische und geopolitische Überlegungen der USA zur EU-Integration der Türkei, in: Erich Reiter (Hrsg.), Sicherheitspolitische und strategische Aspekte eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union, Wien, S. 83-104.
- Schiffauer, Werner* 2000: Die Gottesmänner – Türkische Islamisten in Deutschland. Eine Studie zur Herstellung religiöser Evidenz, Frankfurt/M.
- Schoen, Harald* 2008: Die Deutschen und die Türkeifrage: eine Analyse der Einstellungen zum Antrag der Türkei auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, in: PVS, Jg. 49, Nr.1, S. 68-91.
- Schröder, Gerhard* 2002: Rede, Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, 13. Sitzung, 04.12.2002, S. 884.
- Shankland, David* 2007: Islam and Politics in Turkey. The 2007 Presidential Elections and Beyond, in: International Affairs, Jg. 83, Nr. 1, S. 357-371.
- Smith, Thomas W.* 2005: Civic Nationalism and Ethnocultural Justice in Turkey, in: Human Rights Quarterly, Jg. 27, Nr. 2, S. 436-470.
- State Department* 2010a: Background Note: Turkey, [www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm](http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/3432.htm) (28.12.2010).
- State Department* 2008a: Press Briefing by Sean McCormack, 30.07.2008.
- State Department* 2008b: Condoleezza Rice, Remarks at the American-Turkish Council Luncheon, Washington DC, 15.04.2008.
- State Department* 2007a: Press Briefing by Sean McCormack, 15.08.2007.
- State Department* 2007b: Press Briefing by Sean McCormack, 27.07.2007.
- State Department* 2007c: Press Briefing by Sean McCormack, 30.04.2007.
- State Department* 2002: Press Briefing by Spokesman Richard Boucher, 04.11.2002.
- State Department* 1998: Daily Press Briefing, Briefer: James P. Rubin, 16.01.1998.
- State Department* 1997a: Daily Press Briefing; Briefer: Nicholas Burns, 16.06.1997.
- State Department* 1996: Daily Press Briefing, Briefer: Nicolas Burns, 01.07.1996.
- State Department diverse*: Annual Reports „Advancing Freedom and Democracy“, Washington DC.
- Steinbach, Udo* 1994: Die deutsch-türkischen Beziehungen – alte Freundschaft am Scheideweg?, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 34, Nr. 2, S. 79-84.
- Taspinar, Ömer* 2005: The Anatomy of Anti-Americanism, Brookings Institution, Washington DC.
- USAID* 2010: Overview Turkey, [www.usaid.gov/locations/europe\\_eurasia/countries/tr/](http://www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/countries/tr/) (28.12.2010).
- US-Botschaft Ankara* 2010: Mission Statement, <http://turkey.usembassy.gov/embassy.html> (28.12.2010).
- US Congress* 1997a: Questions for the record submitted by Mr. Frelinghuysen, answer submitted by State Department, in: House Committee on Appropriations, Foreign Operations, Export financing, and Related Programs Appropriations for 1998, Part 2.

- US Congress* 1997b: Questions for the record submitted by Ms. Pelosi, answer submitted by Department of Defense, in: House Committee on Appropriations, Foreign Operations, Export financing, and Related Programs Appropriations for 1998, Part 2.
- US Overseas* 2010: US Overseas Loans and Grants, Obligations and Loan Authorizations, <http://gbk.eads.usaidallnet.gov/> (28.12.2010).
- Vorhoff, Karin* 2000: Alewitische Identität in der Türkei heute, in: Ismail Engin/Erhard Franz (Hrsg.), *Aleviler/Alewiten 1, Identität und Geschichte*, Hamburg, S. 59-74.
- Weick, Curd-Torsten* 2000: Die schwierige Balance. Kontinuitäten und Brüche deutscher Türkeipolitik, Münster.
- White House* 2010: Readout of the President's Call with Prime Minister Erdogan of Turkey, 12.10.2010.
- White House* 2009: Remarks by President Obama to the Turkish Parliament, 06.04.2009.
- White House* 2002: Press Briefing by Ari Fleischer, 10.12.2002.
- Wolfowitz, Paul* 2003: Interview with Cengiz Candar and Mehmet Ali Birand, CNN Turk, 06.05.2003.
- Yavuz, M. Hakan* 2003: *Islamic Political Identity in Turkey*, Oxford.
- Yürüsen, Melih/Atilla Yayla* 1997: Die Türkische Wohlfahrtspartei, Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien Nr. 134, Sankt Augustin.

## Anhang

**Tabelle 1: Entwicklungshilfe (ODA) an die Türkei, unterteilt nach OECD-Klassifikation „Bewilligung“ und „Auszahlung“, Zahlen in Mio. USD**

	USA		Deutschland	
	Bewilligung	Auszahlung	Bewilligung	Auszahlung
1990	14,66	13,00	199,24	429,19
1991	325,36	325,00	342,88	322,75
1992	1,35	1,00	173,22	226,03
1993	200,40	200,00	123,11	201,07
1994	0,40	—	206,52	183,32
1995	165,71	166,00	101,45	200,67
1996	33,49	—	183,82	263,55
1997	22,32	—	310,22	190,69
1998	—	0,43	97,10	143,70
1999	4,12	1,97	124,33	152,50
2000	3,60	—	39,24	103,34
2001	1,20	1,63	92,65	131,77
2002	203,56	204,70	114,94	100,77
2003	1.008,22	7,28	71,91	124,78
2004	10,34	9,37	90,98	107,71
2005	16,11	12,87	87,34	115,48
2006	4,47	3,31	80,27	101,28
2007	11,66	7,08	81,05	111,61
2008	11,26	9,38	214,80	143,94
2009	12,10	5,10	106,90	160,30
Gesamt	2.050,33	968,12	2.841,97	3.514,45

Anmerkung: Alle Zahlen sind Brutto-Angaben, d.h. schuldenbezogene Transaktionen und Rückzahlungen der Türkei sind nicht berücksichtigt.

**Tabelle 2: ODA gemäß OECD-Klassifikationen „Government & Zivilgesellschaft“, „Öffentlicher Sektor“ (Public) und „Zivilgesellschaft“ (NGO), Zahlen in Mio. USD**

	USA		Deutschland	
	Bewilligung Government & Zivilgesellschaft	Auszahlung Government & Zivilgesellschaft	Bewilligung Government & Zivilgesellschaft	Auszahlung Government & Zivilgesellschaft
2005	2,50 Public: 0,7 NGO: —	2,09 Public: 0,7 NGO: —	0,21 Public: 0,2 NGO: —	2,64 Public: 0,2 NGO: —
2006	1,50 Public: 0,2 NGO: —	1,43 Public: 0,2 NGO: —	5,65 Public: 3,7 NGO: 1,9	5,83 Public: 3,7 NGO: 2,1
2007	1,53 Public: 0,0* NGO: 1,5	1,64 Public: 0,1 NGO: 1,5	2,78 Public: 1,0 NGO: —	5,26 Public: 1,0 NGO: 2,5
2008	2,64 Public: 0,9 NGO: 1,7	2,65 Public: 1,0 NGO: 1,7	6,07 Public: 3,6 NGO: 2,4	5,80 Public: 3,4 NGO: 2,4
2009	2,20 Public: 0,9 NGO: 1,0	1,80 Public: 0,4 NGO: 1,0	3,60 Public: 3,4 NGO: 0,2	4,30 Public: 3,4 NGO: 0,9
Gesamt	10,37 Public: 2,7 NGO: 4,2	9,61 Public: 2,4 NGO: 4,2	18,31 Public: 11,9 NGO: 4,5	23,83 Public: 11,7 NGO: 7,9

Anmerkung: Alle Zahlen sind Brutto-Angaben. Die Unterteilung nach „Government & Zivilgesellschaft“ liegt seit 1999 sporadisch vor, eine Einzelauflistung in „Public“ und „NGO“ erfolgt erst seit 2005. Die Kennzeichnung (\*) bei der Zahl „0,0“ bedeutet, dass die Höhe der Bewilligung/Auszahlung weniger als 50.000 USD betrug.

**Tabelle 3: National Endowment for Democracy (NED), Zuschüsse („Grants“) für  
Türkei bezogene Projekte, Zahlen in Tausend USD**

	NED Total	davon: International Republican Institute (IRI)	davon: National Democratic Institute (NDI)	davon: andere NGO
1990	50,0	—	—	50,0
1991	156,1	—	—	156,1
1992	50,0	—	—	50,0
1993	48,8	48,8	—	—
1994	71,6	71,6	—	—
1995	309,7	249,7	—	60,0
1996	442,7	442,7	—	—
1997	671,6	299,6	203,7	168,3
1998	760,6	450,0	199,6	111,0
1999	651,3	278,7	211,8	160,8
2000	646,9	235,7	236,2	175,0
2001	717,6	309,9	284,2	123,5
2002	621,3	300,0	286,3	35,0
2003	899,2	330,0	300,0	269,2
2004	1.104,6	330,0	340,0	434,6
2005	1.397,9	530,0	350,0	517,9
2006	1.911,0	473,9	550,0	887,1
2007	1.679,9	700,0	390,0	589,9
2008	1.887,3	700,0	470,0	717,3
2009	925,3	—	495,0	430,3
Gesamt	15.003,4	5.750,6	4.316,8	4.936,0



**Tabelle 4: BMZ-Bewilligungen an deutsche Stiftungen für Türkei bezogene Projekte,  
Zahlen in Tausend Euro**

	BMZ- Bewilligungen Total	davon: Friedrich- Ebert- Stiftung (FES)	davon: Konrad- Adenauer- Stiftung (KAS)	davon: Friedrich- Naumann- Stiftung für die Freiheit (FNF)	davon: Heinrich- Böll- Stiftung (HBS)	davon: Rosa- Luxemburg- Stiftung (RLS)
1990	933	41	892	—	—	—
1991	1.454	1.329	125	—	—	—
1992	214	51	163	—	—	—
1993	365	—	345	—	20	—
1994	874	41	802	—	31	—
1995	1.861	767	930	77	87	—
1996	1.646	767	726	51	102	—
1997	3.036	1.023	1.173	511	329	—
1998	3.324	767	1.870	435	252	—
1999	2.696	767	1.104	435	390	—
2000	2.656	767	1.094	281	514	—
2001	2.365	460	1.242	305	358	—
2002	3.294	690	1.763	483	358	—
2003	2.603	690	950	440	523	—
2004	2.475	740	1.000	445	280	10
2005	3.515	740	1.720	450	470	135
2006	2.879	740	800	520	658	161
2007	2.472	740	800	400	457	75
2008	3.893	740	1.800	287	908	158
2009	3.043	927	860	372	734	150
Gesamt	45.598	12.787	20.159	5.492	6.471	689

Anmerkung: In den letzten Jahren ist das BMZ sukzessive dazu übergegangen, vermehrt 3-Jahres-Bewilligungen für Regionen bezogene Projekte (anstelle für einzelne Länder) zu gewähren. Die genaue Zuteilung der Gelder an die Partnerländer nehmen die Stiftungen vor.